

beinahe 40 Jahren noch Kapazitäten von bis zu 51 GW aufbringen müssen, um die erwartete Jahreshöchstlast in Deutschland abzudecken.

Drittens. Das hat zur Folge, dass im konventionellen Bereich Erzeugungskapazitäten langfristig erhalten bleiben müssen, um die Versorgungssicherheit nicht zu beeinträchtigen.

Das bringt mich zu folgenden politischen Schlussfolgerungen, die im Übrigen in der Landesregierung nicht infrage gestellt werden und die Sie genauso im Koalitionsvertrag nachlesen können: Der fossile Kraftwerkspark in Nordrhein-Westfalen sichert den erfolgreichen Verlauf der Energiewende und den Erhalt der Versorgungssicherheit. Deswegen kann es überhaupt keinen Zweifel daran geben, dass wir ein großes Interesse an einer Erneuerung haben und dies politisch begleiten.

(Beifall von der SPD)

Ohne eine konventionelle Erzeugung in Nordrhein-Westfalen wird die Energiewende in der gesamten Bundesrepublik nicht gelingen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP – Christian Lindner [FDP]: Da hat keine grüne Hand geklatscht! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Jede Forderung nach einem forcierten Ausstieg ist eine Gefährdung für den Industriestandort. Deswegen brauchen wir ein Marktdesign, das die gemeinsam verabredeten, auch von der Bundesregierung beschriebenen Ausbauziele bei den Erneuerbaren erreichbar werden lässt und gleichzeitig den Erhalt der fossilen Erzeugung ermöglicht. Da unterscheiden wir uns im Land von dem, was in Berlin passiert.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, Sie unterscheiden sich zwischen denen [zeigt auf die GRÜNEN] und denen [zeigt auf die Landesregierung]!)

Wenn die Kooperationsfähigkeit und der Wille zur Zusammenarbeit zwischen Herrn Altmaier und Herrn Rösler nur halb so gut ausgeprägt wären wie zwischen Herrn Remmel und mir, dann wären wir in Deutschland schon sehr viel weiter bei dem Thema „Energiewende“.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Eilantrag. Nach unserer Geschäftsordnung ist über Eilanträge direkt abzustimmen. Wir stimmen deshalb ab über den Inhalt des Antrags der Fraktion der CDU. Ich darf Sie fragen, wer für den Antrag stimmt. – Wer ist

dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist der **Eilantrag Drucksache 16/1544** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/1300

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1562

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1566

dritte Lesung

Und:

Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/301

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/1221

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/302

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/1301

dritte Lesung

Sowie:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktfondsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/176

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/1238

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Kollegen Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mich mit dem Haushalt in dritter Lesung beschäftige, möchte ich zunächst dem Kollegen Körfges – anschließend an die letzte Debatte zum Haushalt – herzliche Grüße von Herrn Weisbrich bestellen. Er hatte im letzten Jahr mit Ihnen über die Frage gewettet, wie der Länderfinanzausgleich am Ende dieses Jahres aussieht, und hat eingestanden, dass er die Wette verloren hat – egal, welche Gründe es sind, darüber haben wir schon diskutiert. Sie waren offensichtlich besser in der Wettervorhersage. Deshalb gibt es nachher in einer schwarzen Verpackung eine Flasche roten Weines mit herzlichen Grüßen von Herrn Weisbrich.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Börschel zulassen? – Bitte schön.

Martin Börschel^{*)} (SPD): Ich wusste nicht, dass der Kollege Weisbrich aus dem Ostwestfälischen stammt. Sie wissen doch, dass Herr Körfges versprochen hatte, den Wein mit seinem Arbeitskreis zu teilen. Wir sind von einer Kiste ausgegangen und nicht von einer Flasche.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Sind Sie darüber ähnlich enttäuscht wie wir?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Wenn man sich den Haushalt anschaut, dann ist es besser, wenn Sie ihn – und auch den nächsten – sehr nüchtern betrachten.

(Allgemeiner Beifall)

Ich sage aber gerne zu: Für den Fall, dass Herr Körfges Ihnen etwas zu probieren gibt und er Ihnen schmeckt, bekommen Sie von mir noch eine weitere Flasche desselben Weins.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute am 333. Tag des Jahres 2012 berät der Landtag abschließend den Landeshaushalt für das laufende Jahr. Für Karnevalisten aus Köln und anderswo ist das sicher eine bemerkenswerte Nachricht. Für uns als Abgeordnete, zu denen ich mich zählen darf, ist es eher bedrückend.

Wenn sich dieser Landtag auf Dauer ernst nehmen will, dann darf so etwas nicht mehr vorkommen: ein Haushalt, den die Regierung fast elf Monate lang vollzogen hat, ohne dass es dazu irgendeine wirkliche Ermächtigung durch das Parlament gegeben hat. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, was viele als „Königsrecht“ des Landtages bezeichnen, ist von der Landesregierung in den letzten 15 Monaten gleich mehrfach ausgehebelt worden. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat das in deutlichen Worten als verfassungswidrig bezeichnet. Wir haben darüber bereits mehrfach hier beraten.

In den letzten Wochen haben wir dennoch diesen Haushalt – auch wenn er in der Sache fast Makulatur ist – im Parlament beraten, zuletzt am letzten Donnerstag im Haushalts- und Finanzausschuss. Dabei hat der Haushaltsentwurf drei wesentliche Korrekturen erfahren: Zum einen konnte aufgrund eines Sondereffektes im Länderfinanzausgleich die Nettoneuverschuldung im Plan auf 4,26 Milliarden € abgesenkt werden.

Ich darf das einmal in Vergleich zu 2011 setzen: Der Jahresabschluss 2011 wies eine Nettoneuverschuldung von 3,0 Milliarden € aus. Herr Minister, selbst wenn man die 1 Milliarde € für die WestLB jetzt wieder als Sondereffekt bezeichnen will, zeigt das: Die Neuverschuldung sinkt nicht, sie steigt strukturell an. Wie man so die Schuldenbremse 2020 schaffen will, das bleibt bislang Ihr Geheimnis.

Zum Zweiten hat die Koalition endlich die von ihr geplanten Einnahmen aus der Auflösung der Schul- und Studienfonds aus dem Etat gestrichen. Es ist jetzt amtlich: Die von der CDU bereits von Anfang an, auch vom Kollegen Weisbrich, als Luftbuchung bezeichneten Einnahmen von 170 Millionen € bei den Schul- und Studienfonds fließen nicht. Sie waren nie etatreif; das wusste die Landesregierung sehr wohl. Sie hat ziemlich genau versucht, das Parlament dennoch ein Stück weit – im Steinbrück'schen Jargon – hinter die Fichte zu führen.

Zum Dritten schließlich findet sich nunmehr die WestLB-Milliarde im Haushaltsplan wieder. Herr Minister, das hätten Sie bereits im Dezember 2011 etatisieren müssen, weil Sie gewusst haben, dass Sie diese Ausgabe – in welcher Form auch immer – wüßten leisten müssen. Da kann man nicht die Landes-

verfassung und auch nicht die Landeshaushaltsordnung an die Seite schieben, weil man in Verhandlungen eine Position haben will. Da sind das Recht und auch § 11 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung bindend, der besagt:

„Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr ... zu erwartenden Einnahmen, ... voraussichtlich zu leistenden Ausgaben ...,

– und es war seit Dezember 2011 klar, dass wir bei der WestLB antreten müssen –

... die voraussichtlich benötigten Verpflichtungsermächtigungen.“

Das heißt: Es war völlig klar, dass dieser Haushalt nicht vollständig war, als Sie ihn eingebracht haben.

Der heute zur Verabschiedung anstehende Landeshaushalt macht eines wirklich deutlich: Diese Regierung wollte nie ernsthaft sparen, und sie will es auch weiterhin nicht. Nordrhein-Westfalen ist das Schlusslicht bei der Haushaltskonsolidierung unter allen Bundesländern. Da hilft es auch nicht weiter, sich ständig hier im Landtag in epischer Breite über den Bundeshaushalt auszulassen. Nur zur Erinnerung: Der Bund wird die Vorgaben der Schuldenbremse bereits 2013 einhalten, Herr Minister,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

auch wenn Sie sich an vielen Stellen intensiv damit befassen, was die Bundesregierung tut. Wir sollten uns hier im Landtag auf den Landeshaushalt konzentrieren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich habe ja Verständnis dafür, dass Ihnen das nicht so ganz angenehm ist; denn Sie flüchten sich lieber auf andere Spielfelder: von Tokio über Washington nach Berlin. Bei dem, was Sie beim Landeshaushalt bisher geleistet haben, habe ich Verständnis dafür, wenn Sie eher die Reise antreten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vermeintlich präventive Schuldenmacherei ist weder nachhaltig noch verantwortlich. Das merken die Menschen im Lande. Das ist die Achillesferse dieser rot-grünen Landesregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die in Ulm erscheinende „Südwest Presse“ hat kürzlich bei allen Finanzministerien eine Umfrage gemacht. Laut dieser Umfrage planen zehn von 16 Bundesländern, bereits vor 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen oder sogar vorher schon zu tilgen.

Ich habe mir die Mühe gemacht, daraufhin die Haushaltspläne aller Bundesländer durchzusehen. Da macht man, Herr Minister, eine ganz erstaunliche Feststellung: In diesem Jahr – also 2012 – schreiben bereits sechs Länder mindestens eine schwarze Null. Einige tilgen sogar Altschulden. Es

sind nicht nur Bayern und Sachsen, sondern auch Sachsen-Anhalt und Thüringen, die eine Tilgung vorsehen. Und es sind Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern, die eine schwarze Null für dieses Jahr anpeilen. Die letztgenannten werden übrigens von Sozialdemokraten mitregiert und gelten mit Ausnahme von Baden-Württemberg trotz aller Finanzhilfen nicht unbedingt als finanzstark. Aber es kommt offensichtlich nicht darauf an, ob sie nun Geber oder Nehmer im Länderfinanzausgleich sind. Bayern und Baden-Württemberg sind Geberländer, die anderen vier sind Nehmerländer. Alle sechs haben die schwarze Null oder tilgen. Daran kann es also nicht liegen.

Ich will Ihnen deutlich sagen, woran es liegt: Diese sechs Länder haben sich den Herausforderungen sowohl des demografischen Wandels gestellt als auch ihre Ausgaben nach den verfügbaren Einnahmen geplant und nicht wie Sie umgekehrt.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Schauen Sie sich einmal diese wunderschöne Tabelle an: Darauf sieht man nämlich – das kann man weder zum Etatvolumen noch zur Größe des Bundeslandes in Relation setzen, sondern das kann man einfach am Sparwillen dieser Regierung deutlich machen –: Diese Regierung spart nicht. Schauen Sie es sich genau an: Nordrhein-Westfalen hat die rote Laterne, und dieses Land hat sie deshalb, weil Sie so regieren, wie Sie regieren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie verschieben nämlich die unbequemen Entscheidungen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag und tragen deshalb zu Recht die rote Laterne, und das ist kein so erfreulicher Anlass wie vor einigen Wochen bei Sankt Martin.

Nein, das ist unfair und ungerecht gegenüber den jungen Menschen. Das ist eine schwere Hypothek für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Und wenn wir noch eine dieser Hypotheken ansprechen sollen, dann ist das ganz sicher die Hypothek WestLB. Mit 1 Milliarde € neuem Kapital für die Aufspaltung der Bank ist der Haushalt 2012 belastet worden. In den Folgejahren wird der Steuerzahler vermutlich noch weit höhere Summen für diese ehemalige SPD-Staatsbank bezahlen müssen.

Als Ministerpräsident Johannes Rau, sein Finanzminister Heinz Schlußer und der WestLB-Chef Friedel Neuber ihr Lieblingskind Anfang der 90er-Jahre zur drittgrößten Geschäftsbank in Deutschland machten, haben sie alle dieses Ende wohl nicht für möglich gehalten. Aber die heutigen Milliardenlasten und die zukünftigen Milliardenlasten sind das Ergebnis genau dieser fatalen Geschäftspolitik der drei SPD-Granden. Sie wollten ein immer größeres Rad drehen, eine SPD-Staatsbank betrei-

ben, mitfinanziert aus einem Wohnungsbauvermögen des Landes. Dafür sollte die Bank nur einen symbolischen Zinssatz bezahlen, und andere Banken in Deutschland sollten dann übertrumpft werden; die mussten sich nämlich am Markt teurer refinanzieren.

Wettbewerbsverzerrung nenne ich das, und unzulässige Beihilfe hat man das in Brüssel genannt. In der Folge fielen dann Anstaltslast und Gewährträgerhaftung nicht nur bei der WestLB, sondern auch bei den Sparkassen und bei den anderen Landesbanken, und die Beihilfen mussten zurückgezahlt werden. Die Bank musste sich immer häufiger rechtfertigen und machte immer riskantere Geschäfte.

Ich erinnere daran: 1998 geriet die WestLB in den Strudel der Rubelkrise, weil sie kräftig in Russland investiert hatte. Anschließend wurde in London das Investmentbanking ausgebaut. Da sollte dann mit Fernseh- und Kühlschränkleasing in England, mit Flugzeugleasing in den USA oder mit Projektfinanzierung wie beim Wembley-Stadion Geld verdient werden. – Alles Geschichte, aber sie kostet uns heute und in Zukunft viel Geld. Die WestLB versuchte damals, ein Loch mit dem nächsten zu stopfen.

Ich möchte festhalten: Mit der Integration des Wohnungsbauvermögens in die Bank Anfang der 90er-Jahre und der Großbankstrategie von Herrn Rau, Herrn Schleußer und Herrn Neuber ist die Schraube völlig überdreht und der unaufhaltsame Niedergang der WestLB eingeleitet worden. Sie, Herr Minister, waren Zeitzeuge,

(Heike Gebhard [SPD]: Sie aber auch!)

und Sie wissen, dass ich recht habe. – Deshalb mutet es schon etwas seltsam an,

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

wenn Sie immer wieder versuchen, die Kosten für die Abwicklung der WestLB aus der Neuverschuldung des Landes herauszurechnen. Diese Lasten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ja nicht die Folge eines Meteoriteneinschlags, für den niemand etwas kann – nein, sie sind die Ursache ganz konkreter Entscheidungen führender SPD-Politiker in den 90er-Jahren.

(Beifall von der CDU)

Der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen zahlt heute und in Zukunft für das System Rau und Neuber. Deshalb sind es Ihre Schulden, sind es Ihre Lasten und ist das kunstvolle Hin- und Herrechnen keine seriöse Finanzpolitik, sondern kreative Buchführung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU wird dem vorliegenden Haushalt 2012 nicht zustimmen; denn er erhöht die Schuldenlast des Landes in unverantwortlicher Weise, er ist unter Missachtung der Rech-

te des Parlamentes viel zu spät eingebracht worden, und er zeigt, dass die Landesregierung auch in Zukunft lieber Schulden machen als notwendige Strukturrentscheidungen treffen will. Die Regierung Kraft hat die rote Laterne in der Finanzpolitik, und das hat seine guten Gründe. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Börschel das Wort.

Martin Börschel¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanzminister hat bei der Einbringungsrede zum Haushalt 2012 nach der Landtagswahl davon gesprochen, dass drei Elemente diesen Haushalt konkret und die Finanzpolitik der rot-grünen Landesregierung allgemein kennzeichnen: zum einen, gezielt sparen zu wollen, zum anderen, gezielt in Zukunft zu investieren, und zum dritten, dies mit angemessenen Einnahmen zu kombinieren.

Wenn man all diese Dinge herunterbricht auf den Haushaltsentwurf, den wir heute zur abschließenden Beratung im Rund des Parlaments vorliegen haben, stellt man fest: Genau diese Punkte werden von diesem Haushalt erfüllt. Der Haushalt setzt die richtigen Schwerpunkte und bildet die nachhaltige und an Zukunftsinvestitionen orientierte Finanzpolitik der Regierung und der rot-grünen Koalition ab.

Ich will auf alle drei Punkte kurz eingehen und dafür Beispiele nennen.

Wir investieren gezielt in frühkindliche Bildung und Betreuung. Alleine 214 Millionen € werden wir mehr in diesen Bereich geben, und zwar allein in diesem Haushalt. Noch deutlicher sieht der Vergleich aus, wenn man einmal die ersten zwei Jahre Rot-Grün mit den ersten zwei Jahren Schwarz-Gelb vergleicht. Das ist immer eine schöne Zwischenbilanz, die man ziehen kann. 850 Millionen € mehr hat die rot-grüne Koalition im Vergleich zur schwarz-gelben nach zwei Jahren in diesem Bereich investiert. Das ist, glaube ich, ein gutes Zeichen.

(Beifall von der SPD)

Wir investieren gezielt in Bildung. Kleinere Lerngruppen, mehr individuelle Förderung, gemeinsamer Unterricht, Ausbau von Ganztagsangeboten sind nur einige der Punkte, die man in diesem Bereich nennen kann. Auch hier zeigt sich sehr eindrucksvoll, dass die rot-grüne Regierung richtige Schwerpunkte bei ihren Zukunftsinvestitionen setzt.

Dritter Punkt: Wir investieren gezielt in den Übergang von der Schule in den Beruf, und zwar mit einer Reihe von Förderangeboten. Dieser Bereich ist Kernbestand unserer Präventionspolitik. Alleine 70 Millionen € fließen in diesem Haushalt, ergänzt

um Mittel anderer, in diesen Schwerpunktbereich der Regierung und dokumentieren einmal mehr, dass präventive Politik, die wir hier setzen und leben wollen, wirklich eine Zukunft hat.

Wir haben viertens die Studiengebühren abgeschafft und den Hochschulen 124 Millionen € als Kompensationsmittel bereitgestellt. Damit investieren wir gezielt in den akademischen Nachwuchs, den wir dringend brauchen, allerdings ohne soziale Barrieren und ohne junge Menschen von einem Studium abzuhalten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ein wichtiges Anliegen unserer Politik.

Wir investieren – und damit bleibe ich im Wissenschaftsbereich – gezielt zum Beispiel in die Medizinregion Ostwestfalen-Lippe durch Kooperation der Universitäten Bielefeld und Bochum mit den Kliniken in OWL, und zwar um mehr Medizinstudierende während ihrer Praxisphase in diese Region zu holen. Das ist ein wichtiger Beitrag, nachhaltig und finanziell verantwortbar, gegen Ärztemangel im ländlichen Raum. Auch hierfür schaffen wir erste Vorsorge und erste Möglichkeiten im Haushalt 2012.

Ich möchte nur am Rande sagen – wir werden dazu ja noch eine Debatte haben –: Die CDU hat diesen ersten Schritt, den wir zum Haushalt 2012 durch einen Änderungsantrag dokumentiert haben, glattweg abgelehnt, wie übrigens auch die FDP, und damit dokumentiert, dass sie kein Interesse an der Stärkung der Medizinregion Ostwestfalen-Lippe hat.

(Beifall von der SPD)

Wir haben gezielt in Rahmenmittel für das Teilhabe- und Integrationsgesetz investiert. Wichtige Weichenstellungen in der Integrationspolitik können wir vornehmen, indem 54 kommunale Integrationszentren geschaffen werden, die damit den Kern zum Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur bieten.

Auch da zeigt sich wieder ganz deutlich: Die Fraktionen der rot-grünen Landesregierung machen diese Schwerpunktaufgabe so, dass die Kommunen nicht im Regen stehengelassen, sondern gezielt unterstützt werden. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für eine gezielte Zukunftsinvestition.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Um mit dem Bereich der Investitionen zu schließen, lassen Sie mich eines noch ganz deutlich sagen: Wir haben mit der Haushaltssanierung zulasten der kommunalen Kassen Schluss gemacht. Es war die schwarz-gelbe Regierung, die scharmlos angefangen und fortgesetzt hat, Landeshaushalte mit Raubzügen durch die kommunalen Kassen zu sanieren. Das haben wir beendet: 8,4 Milliarden € werden in diesem Jahr in die Finanzausgleichsmasse fließen, und es wird 8,1 Milliarden € Zweckzuweisung an die Kommunen geben. Beides ist ein Rekord und ein eindeutiges Zeichen dafür, dass wir

die Kommunen nicht alleine lassen und mit dem Raubzug in deren Kassen endlich Schluss machen. Auch das kann sich die Regierung ans Revers heften.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Zweiten – das ist von Ihnen verschiedentlich angesprochen und auch kritisiert worden – stehen im Entwurf 750 Millionen € globale Minderausgaben. Diesen Teil werden wir erbringen können. Diese Sparanstrengung schafft die Regierung. Auch daran sieht man, dass trotz anwachsender innerer Dynamik hinsichtlich der Ausgabepositionen im Haushalt selbstverständlich auch konsolidiert wird und dieser Teil funktioniert.

Kommen wir drittens zur Einnahmenseite: Die Regierung kalkuliert mit 43,1 Milliarden € Steuereinnahmen. Damit sind wir erst heute wieder bei dem Niveau angelangt, das wir 2008 hatten. Das ist doch eine Wahrheit, der wir uns alle miteinander nicht verschließen können. Erst heute haben wir die Delle, die seit 2008 entstanden ist, wieder gerade eingeholt – und das, obwohl die innere Dynamik unseres Haushalts wie die Personalausgaben und andere Ausgaben mindestens auf Inflations- oder Tarifsteigerungsniveau ansteigen. Das heißt: Die Schere ist dort immer weiter auseinandergegangen, aber trotzdem ist es dieser Regierung gelungen, die Nettoneuverschuldung auf 4,2 Milliarden € zu drücken. Darin ist die WestLB-Milliarde enthalten. Bereinigt um diesen Sondereffekt haben wir also eine Neuverschuldung von 3,2 Milliarden € – und das, obwohl die schwarz-gelbe Regierung seinerzeit mit 6,6 Milliarden € noch mehr als das Doppelte geplant hatte. Ich finde, das kann die Regierung wirklich stolz dokumentieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Uns ist klar: Der Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020 wird schwer. Wir haben fest vor, diesen Weg zu beschreiten und zu gehen. Fakt ist aber auch: Bei der inneren Ausgabendynamik unserer Haushalte müssen wir auch gezielt auf die Einnahmenseite schauen. Wir müssen darauf achten, dass die Einnahmen zur Finanzierung der Staatsaufgaben dem entsprechen, was die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Staat erwarten.

Es sind ja keine rot-grünen Fantastereien, wenn es darum geht, den Staat dafür sorgen zu lassen, dass wir eine ausreichende Infrastruktur haben, dass wir gute Bildungs- und Betreuungsangebote haben, dass in frühkindliche Bildung investiert wird, dass wir eine ordentliche Wirtschafts- und Kulturpolitik haben und vieles mehr. Das ist das, was sich die Menschen im Lande von uns wünschen.

Dies wurde im Übrigen auch durch das Wahlergebnis von Mai dieses Jahres zum Ausdruck gebracht. Daran muss sich messen lassen, was sich der Staat an Einnahmen organisieren muss. Deswegen fordern wir dringend, dass die Bundesregierung hier

auch ihren Beitrag dazu leistet und nicht nur die Kommunen – das bleibt nach wie vor drängende Aufgabe –, sondern auch die Länder mit den Möglichkeiten ausstattet, die Einnahmen der Situation anzupassen, was die Bürgerinnen und Bürger von ihnen erwarten.

Damit muss man zu dem kommen, was die Oppositionsfractionen zum Haushalt beigetragen haben.

Ich will mit der Fraktion der Piraten beginnen, die als einzige eine nennenswerte Anzahl von Änderungsanträgen in die Haushaltsplanberatungen eingebracht haben. Allerdings muss man feststellen: Sie haben hier recht nonchalant die Rolle der Linken übernommen.

(Lachen von den PIRATEN)

Von allem das Beste und davon am liebsten noch mehr – das ist sozusagen Ihr Credo bei diesen Punkten. Eine Million und eine Milliarde nach der anderen geben Sie aus, als hätten wir keine Schuldenbremse und als ob wir keine Schwierigkeit hätten, zur Schuldenbremse hinzukommen.

(Robert Stein [PIRATEN]: Sie haben ja keine ausgegeben! Wir wollen jetzt!)

Das ist im Grunde Ihr finanzpolitisches Ziel: immer nur mehr ausgeben, ohne zu sagen, wo man sparen soll. Dann bekennen Sie sich dazu, dass Sie die Schuldenbremse nicht interessiert. Das ist zumindest ein Profil, das sich die Piraten geben können.

Ansonsten bleiben von Ihnen, von der Fraktion, die sich Piraten nennt, oder von den Piraten, die sich Fraktion nennen – das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen –, finanzpolitisch nur ein paar Einzelne übrig, die Strafanzeige gegen den Finanzminister einreichen, weil er Steuer-CDs ankauft.

Leute aus Ihren Reihen schwadronieren, dass man zur Not auch ein paar Sparkassen pleite gehen lassen kann, weil man die Abwicklung der WestLB nicht im Haushalt berücksichtigen muss.

Dort, wo Sie wenigstens von den Gedanken her in die richtige Richtung gehen, ist es dann auch noch besser geklaut als selbst erfunden, nämlich zum Beispiel Ihre Gedanken zu dem Thema „Mehr Transparenz für die NRW.BANK“. Sie haben schon im Haushaltsausschuss gesagt, dass Sie viele der Grundüberlegungen, die Sie dort angestellt haben, aus einem Antrag der SPD aus der vorvergangenen Legislaturperiode entlehnt haben. Ich finde, das können Sie dann auch offen zugeben.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Dann machen Sie es doch, dann müssen wir es nicht einbringen!)

Dort, wo Sie in die richtige Richtung denken, schreiben Sie auch noch ab. Das ist, meine ich, nicht die feine englische Art. Das muss man hier sagen.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zur FDP, die sich aus den Haushaltsberatungen gleich ganz herausgehalten hat.

(Robert Stein [PIRATEN]: Besser so!)

Dies ist auch eine Art, mit dem Haushalt umzugehen. Das Einzige, was Sie jetzt zustande gebracht haben, ist, einen schwächlichen, vor Allgemeinplätzen strotzenden Entschließungsantrag heute ins Parlament einzubringen. Wenn das der Beitrag der FDP zur Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ist, dann ist mir um Ihre Zukunft noch mehr bange, als Ihnen selbst sein müsste.

(Lachen von der FDP – Christian Lindner [FDP]: Oi, oi, oi!)

Ich möchte herzlich darum bitten, dass Sie sich in Zukunft konstruktiver in die Debatten einbringen.

(Christian Lindner [FDP]: So viel Fürsorglichkeit!)

– Ja, Sie sind doch für den fürsorgenden Sozialstaat, Herr Kollege Lindner.

(Lachen von der SPD)

Insofern möchte ich mich auch fürsorglich an die FDP wenden.

Mehr Zeit muss, will, darf und kann ich auf die Kolleginnen und Kollegen der CDU verwenden. Herr Kollege Optendrenk, wenn Sie der Regierung tatsächlich und ernsthaft vorwerfen wollen, dass wir erst heute, am 28. November 2012 – das Datum wird mir durchaus in Erinnerung bleiben –, den Haushalt 2012 in der dritten Lesung beraten, dann kann ich nur sagen: Ja, meine Güte, Sie hatten es doch in der Hand. Hätten Sie damals dem Haushalt zugestimmt, dann müssten wir heute nicht darüber reden. Dann hätten wir ihn längst, und gute Politik hätte früher umgesetzt werden können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Jetzt der Regierung die Landtagswahl vorzuwerfen, das grenzt wirklich an absolute Absurdität. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man das ernsthaft von Ihrer Seite aus vortragen kann.

(Zuruf von der FDP)

Ein zweiter Punkt in Ihre Richtung: Sie haben dem Finanzminister vorgeworfen, dass er sich in bundespolitische Debatten einmischt, dass er internationale Debatten verfolgt, dass er neben mikroökonomischen Themen, die den Haushalt direkt angehen, auch makroökonomische Themen im Blick hat. Meine Güte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind doch froh, dass wir endlich einen Finanzminister haben, der über den Tellerrand hinausblickt. Wir sind doch froh, dass wir einen Finanzminister haben, der dafür sorgt, dass die Interessen Nordrhein-Westfalens in der Republik und darüber hinaus auch endlich wieder wahrgenommen werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist doch ihm und der gesamten Landesregierung zu verdanken, dass wir ein extrem unfaires und auf dem Gedanken des ehrlichen Steuerzahlers herumtrampelndes Steuerabkommen mit der Schweiz endlich verhindern konnten, weil es eben nicht gerecht ist, weil es in hohem Maße die Käuflichkeit von Ländern dokumentiert hätte, wenn man sagt: Für ein paar Silberlinge macht man dieses Konstrukt mit.

Nein, wir sind dankbar, dass Ministerpräsidentin Kraft, dass Finanzminister Norbert Walter-Borjans dieses Steuerabkommen verhindert haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insofern ist es richtig, dass sie sich auf anderen Ebenen bewegen. Jetzt kann die Losung nur lauten: schleunigst nachverhandeln! Das hat im Vermittlungsausschuss gar nichts zu suchen. Denn welchen Kuhhandel wollen Sie denn da anbieten? Wollen Sie das Steuerabkommen gegen die Herdprämie oder gegen etwas anderes tauschen? Die Herdprämie ist ja durch. Die haben sie sich ja von der CSU abringen lassen. Nein, das kommt überhaupt nicht infrage.

Neu verhandeln bedeutet: mindestens Standards setzen, wie sie die USA mit der Schweiz mit dem FATCA-Abkommen hinbekommen haben. Das muss doch das Ziel sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und Finanzminister Walter-Borjans wird dafür sorgen, dass die Stimme Nordrhein-Westfalens in dieser Situation gehört wird.

Drittens. Herr Kollege Optendrenk, wenn Sie jetzt in schamloser Art und Weise versuchen, die Lasten der WestLB alleine der Sozialdemokratie und der rot-grünen Regierung anzuhängen, dann ist das wirklich eine Geschichtsklitterung und eine Amnesie sondergleichen, die Sie hier dokumentieren. Es war Ihre Regierung, es war Ihr Finanzminister, der bei Übernahme der Regierung 2005 gesagt hat: Wir wollen die Braut aufhübschen, um sie am Ende meistbietend an den Markt zu bringen und damit für die Landeskasse auch noch etwas zu bekommen.

Es war Ihre Regierung, die die WestLB dadurch aufhübschen wollte, dass sie sie an den Tropf der Sparkassen gehängt hat, indem man ihnen über die Vertikalisierung wichtige Bereiche ihres Geschäftes wegnehmen wollte, um damit die WestLB zu pappeln – einzig mit dem Ziel, dass Sie sie verkaufen können. Was ist daraus geworden? Das Gegenteil ist der Fall. Die Lasten, die wir jetzt im Haushalt in den nächsten Jahren abbilden müssen, zeugen eindrücklich davon. Sie müssen sich entgegenhalten lassen, dass sich die WestLB zu Ihrer Regierungszeit noch mit risikobehafteten Themen vollgesogen hat, die jetzt mit ein Problem ausmachen, das wir heute abzuarbeiten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein dringendes Plädoyer – wir waren da im Haushaltsausschuss auch schon einmal einen Schritt weiter –: Lassen Sie uns aufhören zu sagen, ihr wart dieses, die anderen waren jenes. – Wir tragen alle miteinander heute an den Lasten der WestLB. Daran sind die einen nicht mehr schuld als die anderen. Ich finde aber, es gehört zur Ehrlichkeit und Fairness dazu, Herr Kollege Optendrenk und liebe CDU-Fraktion, dass Sie das auch eingestehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Letzter Punkt in Ihre Richtung: Entgegen der Ankündigung Ihres Fraktionsvorsitzenden Laumann haben auch Sie nichts zu den Haushaltsberatungen hier in diesem Rund geliefert. Herr Laumann hat in der Antwort auf die Regierungserklärung der Ministerpräsidenten gesagt: Es ist nur noch eine Frage kürzester Zeit, und wir könnten uns endlich mit den Vorschlägen der CDU-Opposition beschäftigen.

Der haushaltspolitische Sprecher Optendrenk musste das im Haushalts- und Finanzausschuss, peinlich berührt, zurücknehmen und sagen: Das war nicht für 2012 gemeint, sondern es kommt 2013. In der letzten Sitzung hat er dann wieder gesagt: Es kommt gar nichts, es sei ja Aufgabe der Regierung. Die Opposition wolle da der Regierung die Arbeit nicht wegnehmen.

Ich fordere Sie auf: Machen Sie Schluss mit diesem ständigen Hin und Her, Herr Kollege Laumann. Sagen Sie endlich: Gibt es Vorschläge der CDU-Opposition zum Haushalt und zur Zukunftslinie dieses Landes, oder gibt es sie nicht? Wie halten Sie es mit Studiengebühren? Wie halten Sie es mit der Kita-Beitragsfreistellung und anderen Dingen mehr? Sagen Sie es ehrlich, und hören Sie auf, hier ständige Unklarheiten zu verbreiten!

Wer sich allerdings wie die CDU-Fraktion mit derartiger Hingabe darüber streitet, ob nun 28 Bilder eines Parteivorsitzenden in einer Broschüre zu viel und drei Bilder eines Fraktionsvorsitzenden zu wenig sind, der hat natürlich keine Energie mehr, sich um die Zukunftsthemen dieses Landes im Landtag zu kümmern. Dafür habe ich Verständnis. Aber kommen Sie zurück, indem Sie sich endlich um die Sachprobleme dieses Landes kümmern!

Und wenn Sie – damit will ich schließen – tatsächlich jetzt das düstere Szenario malen und sagen, NRW sei haushaltspolitisch auf dem Weg in den Abgrund, dann erwidere ich: Bei aller Skepsis, die ich Ratingagenturen gegenüber klar zum Ausdruck bringen möchte, hat gerade aktuell noch die Ratingagentur Fitch dem Land Nordrhein-Westfalen Bestnoten testiert, mit den Finanzen und den Zukunftsaussichten sei es in Ordnung. Das sollte doch einen Eindruck bei Ihnen hinterlassen.

Gut, dass wir über diesen Haushalt heute abstimmen. Wir werden den Weg weitergehen. Die Rich-

tung stimmt und die Zukunft auch. Ich hoffe, Sie gehen den Weg mit. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vorweg – weil die CDU es offensichtlich bis jetzt nicht verstanden hat und die FDP es auch leugnet –: Dieser Haushalt ist verfassungskonform. Er ist rechtzeitig eingebracht worden. Er ist auch, was die Grenze nach Art. 83 der Landesverfassung betrifft, verfassungskonform. Es ist schlicht falsch, dass – so wie Sie es behaupten – das Landesverfassungsgericht diesen Haushalt, der heute zur Abstimmung vorliegt, als verfassungswidrig oder verspätet eingebracht bezeichnet hätte. Das ist schlicht falsch.

Sie wissen das auch, denn die Klage der Linken bezog sich auf den Haushalt der 15. Legislaturperiode. Und der ist für verfassungswidrig in Bezug auf den Zeitpunkt der Einbringung erklärt worden. Insgesamt wäre er verfassungskonform gewesen, aber er ist verspätet eingebracht worden.

Auch der Haushalt 2013 – da gibt es einen zweiten Punkt, der sich auf 2013 bezieht – wird nach Maßgabe des Landesverfassungsgerichts rechtzeitig eingebracht sein, da es eine Neuwahl, eine Umresortierung gegeben hat und das Haushaltsverfahren 2012 abgeschlossen werden musste. Jeder von der CDU-Fraktion, der das Gegenteil behauptet, macht es wider besseres Wissen. Ich habe in der Plenardebatte mehrfach darauf hingewiesen. Wenn Sie es heute wieder tun, Herr Kollege Optendrenk, tun Sie es erneut wider besseres Wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Haushaltsjahr ist in der Tat weit fortgeschritten. Trotzdem haben wir im Haushaltsverfahren noch einige Veränderungen vorgenommen. Wir haben den U3-Ausbau konsequent weiter ausgestaltet. Weitere dreistellige Millionenbeträge werden bereitgestellt, um das Verfassungsgerichtsurteil umzusetzen, das gegen die schwarz-gelbe Landesregierung beim Belastungsausgleich ergangen ist. Weitere Millionen und die Millionen des Bundes werden konsequent abgerufen, damit der U3-Ausbau vorangehen kann.

Nun zu der Bilanz, die CDU und FDP der rot-grünen Regierung vorwerfen: Der Entschließungsantrag der FDP ist insoweit interessant. Sie starten mit der Bemerkung, die schwarz-gelbe Regierung sei mit 6,7 Milliarden € gestartet, um dann darauf hinzuweisen, dass sie 2008 bei 1,1 Milliarden € Neuverschuldung gelandet ist, während Sie dann vergessen, dass es 2010 wieder 6,6 Milliarden € nach der Planung von Finanzminister Linssen gewesen sind.

Sie sind mit der gleichen Summe rausgegangen, mit der Sie reingegangen sind – im Gegensatz zu der Haushaltsentwicklung, wie sie Rot-Grün vorgelegt hat und wie sie sich in diesem Haushalt widerspiegelt.

Sie haben in Ihrem Antrag auch behauptet, wir würden Politik auf Pump machen. Da frage ich Sie einmal, Herr Kollege Witzel: Was ist das denn, wenn man trotz einer Nettoneuverschuldung von mehreren Milliarden Euro Steuersenkungen für Hotels beschließt?

(Zuruf von der FDP: Ah!)

Und Sie, Herr Kollege Lindner, haben heute noch gesagt, es sei nicht die Zeit für Steuersenkungen. Warum setzen Sie sich denn im Bundesrat dafür ein, dass die Einkommensteuer abgesenkt werden soll? Ist das keine Steuersenkung auf Pump?

(Christian Lindner [FDP]: Das ist kalte Progression! Kalte Progression ist der Verzicht auf Steuererhöhungen! – Weitere Zurufe von der FDP)

Selbst wenn ich das anerkennen würde, obwohl ich es ablehne, weil es eine Besserstellung von Besserverdienenden ist, frage ich Sie: ...

(Zurufe von der FDP)

– Das haben wir doch lange diskutiert. Wenn Sie die Progressionslinie verschieben, wird derjenige, der ein Jahreseinkommen von 25.000 € hat, um 20 bis 50 € entlastet, und derjenige, der bei einem Jahreseinkommen von 60.000 bis 70.000 € liegt, wird um die fünf- bis zehnfache Summe entlastet. Das wissen Sie doch. Warum sagen Sie, dass das falsch sei, was ich hier vortrage? Das hat der Finanzminister ausführlich nachgewiesen, und das weiß auch Herr Minister Schäuble. Selbst der Bund der Steuerzahler bestreitet nicht, was ich eben gesagt habe.

Ich möchte aber auf einen anderen Punkt hinaus, Herr Kollege Lindner. Ich möchte darauf hinaus, dass Sie Gegenfinanzierungen einfordern. Ihre Gegenfinanzierung sieht das Betreuungsgeld vor; dann werden noch mehr Schulden gemacht. Ihre Gegenfinanzierung beinhaltet noch einen weiteren Kuhhandel auf der anderen Seite. Ihre Gegenfinanzierungen produzieren mehr und nicht weniger Schulden, und auch Ihre Gegenfinanzierungen in Nordrhein-Westfalen führen zu mehr und nicht zu weniger Schulden. Das werde ich Ihnen auch nachweisen.

(Christian Lindner [FDP]: Jetzt sind wir auf einen Nachweis gespannt, Herr Kollege!)

Der Kollege Orth hat uns Grünen im Innenausschuss mehrfach vorgeworfen, wir würden bei der Polizei Stellen einsparen wollen und – mehrere Anfragen des Kollege Lohn und anderen weisen darauf hin – bei der inneren Sicherheit Kahlschlag betreiben. Das nehmen wir zur Kenntnis. Das heißt,

bei der Polizei darf nicht gespart werden, sondern es müssen mehr Stellen bereitgestellt werden.

Herr Kollege Witzel hat noch letzte Woche Freitag gesagt, die Finanzverwaltung habe ihren Teil dazu beigetragen. Sie müsse nicht weiter konsolidieren. Die CDU-Fraktion fordert jedes Mal, wenn es um den Bildungskompromiss geht, es müssten mehr und nicht weniger Stellen zur Verfügung gestellt werden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Justizvollzug!)

Beim Thema „Justizvollzug“ wird darauf hingewiesen: Wir brauchen Fachstellen, also nicht nur mehr Stellen, sondern qualitativ hochwertigere Stellen.

So, und nun schaue ich mir den Personaletat des Landes an. Was bleibt denn da übrig? Wollen Sie diese zusätzlichen Stellen – ich bin jetzt auf ungefähr 300.000 bis 350.000 Stellen eingegangen – bei den 30.000 in den Ministerien wieder reinholen? Oder wo wollen Sie das gegenfinanzieren?

Und Sie wollen 350 Millionen € zusätzlich für den Stärkungspakt. Sie wollen aufgrund der kalten Progression 600 Millionen € zusätzlich für den Landeshaushalt. Sie wollen dem Landeshaushalt beim Steuerabkommen schaden. Sie haben bereits in dieser Legislaturperiode des Bundes 1 Milliarde € zulasten des Landes umgesetzt, und Sie wollen laut Koalitionsvertrag, der Gott sei Dank nicht umgesetzt wird, noch einmal 17 Milliarden € zulasten der öffentlichen Kassen einsparen. Das sind insgesamt 1,7 Milliarden € zulasten von Nordrhein-Westfalen. Sie sind so etwas von unglaublich – dazu fällt mir gar nichts mehr ein –, wenn Sie sagen, wir würden auf Pump finanzieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wichtige Aufgaben liegen vor uns, und wir werden es uns als Koalition sicherlich nicht leichtmachen. Im Haushalt 2013 werden erste größere Pakete von Einsparvorhaben stehen, und ich weiß schon heute – nächste Woche wird es auf dem Tisch liegen –, dass Sie die Ersten sein werden, die auf die Barrikaden gehen und sagen werden: Auf Kosten dieses und jenes darf der Haushalt nicht saniert werden. – Sie werden sich vom Acker machen, wenn es um konkrete Einsparvorschläge geht. Das ist typisch für CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –
Christian Lindner [FDP]: Warten wir es ab!)

– Ja, warten wir es ab.

Auch was den Länderfinanzausgleich angeht, Herr Kollege Optendrenk – Sie haben eben auf die Länderfinanzen hingewiesen –, so wissen Sie doch selbst, dass zum Beispiel ein Land wie Sachsen etwa 5 Milliarden € an Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich – das bezieht sich jetzt auf alle drei Stufen – bekommt. Jetzt habe ich zur Kenntnis genommen, dass die haushalts- und finanzpolitischen

Sprecher von CDU und CSU auf einer Tagung ein Papier zum Länderfinanzausgleich, das wir Grünen mitfinanziert haben, als Vorlage genommen und wesentliche Punkte übernommen haben. Das finde ich gut, Herr Kollege.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich biete auch ausdrücklich an, dass wir möglichst fraktions- und parteiübergreifend eine Auseinandersetzung zum Länderfinanzausgleich führen, und das meine ich nicht nur bezogen auf Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit. Ich schlage allerdings vor, stelle es anheim und würde es gutheißen, wenn Sie dann Ihre Kolleginnen und Kollegen in Bayern – in Baden-Württemberg hat sich das aufgrund des Regierungswechsels zum Glück erledigt – und in Hessen dazu bringen, zur Vernunft zurückkehren. Denn diese versuchen, dieses Konstrukt mit Klagen infrage zu stellen. Vielmehr muss es darum gehen, etwas zu schaffen, was dem Länderfinanzausgleich und auch den fachlichen Ansprüchen über das Jahr 2019 hinaus gerecht werden kann. Wenn es auch Ihnen darum geht, können wir darüber vernünftig miteinander reden.

Ein letzter Punkt: Was die Konsistenz der CDU anbetrifft, so hat der Kollege Börschel auf dieses Fotoshooting in Ihrer Mitgliederzeitung hingewiesen. Das will ich einmal beiseitelassen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Zur Sache!)

Aber die Studiengebühren haben wir mehrfach diskutiert. Sind Sie für oder gegen Studiengebühren? Sind Sie für oder gegen Kita-Gebühren? Und sind Sie für oder gegen das beitragsfreie Vorschuljahr? – Dieses wird schließlich wesentlich teurer sein als der Erlass der Kita-Gebühren im dritten oder letzten Kita-Jahr. Sie müssen sich schon entscheiden. Denn dabei stehen sich mehrere hundert Millionen Euro an Einnahmen und Ausgaben gegenüber. Insofern würden wir das ganz gerne wissen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was ich allerdings auch ganz interessant finde, ist Ihr Familienbild. Das Thema „Betreuungsgeld“ lasse ich erst einmal weg. Denn dazu werden wir am Freitag eine Aktuelle Stunde haben.

Bei der Frage Ehegattensplitting sagt der Kollege Laumann: Das Ehegattensplitting muss so bleiben, wie es ist. Homosexuelle Lebenspartnerschaften dürfen nicht vom Ehegattensplitting profitieren.

Der Kollege Laschet sagt: Das Ehegattensplitting muss genau um diese Gruppe

(Zuruf von der CDU: Reden Sie doch zum Landeshaushalt!)

– ja, das hat mit dem Landeshaushalt eine ganze Menge zu tun, Herr Kollege – erweitert werden. Also muss die Steuerentlastung aufgrund des Splittings noch einmal ausgeweitet werden. Das bedeutet auch Mehrkosten für unseren Landeshaushalt.

Der Vorsitzende der Senioren-CDU von Nordrhein-Westfalen – das finde ich sehr interessant – schlägt hingegen vor, das Ehegattensplitting abzuschaffen.

Das ist eine ganz konsistente Position der NRW-Landes-CDU. Ich schlage Ihnen vor, Sie sollten sich einmal zusammensetzen und eine Position entwickeln. Ich für meinen Teil kann Ihnen nur sagen: Machen Sie eine gerechte Steuerpolitik! Machen Sie eine Politik, die nicht auf Pump geht! Machen Sie eine Politik, die zukunftsweisend ist, die nicht auf die Knochen der Kommunen und Länder in Deutschland geht!

Letzter Punkt: Warum war es wichtig und gut, dass in Nordrhein-Westfalen SPD und Grüne regieren? – Der Bundesrat! Seitdem SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen regieren, ist es nicht zu weiteren Steuersenkungen auf Pump gekommen. Es konnte verhindert werden, was im Koalitionsvertrag steht. Es konnte auch die aus meiner Sicht ungerechte Steuersenkung, wie Sie sie jetzt im Bundesrat vorhaben, vorerst verhindert werden.

(Christian Lindner [FDP]: Sie wollen ja erhöhen, um es der Solarlobby der Grünen zu kommen zu lassen!)

– Meinen Sie das wirklich ernst? – Herr Kollege Lindner hat eben gesagt, wir würden die Steuersenkungen verhindern, um die Mittel der Solarlobby der Grünen zukommen zu lassen.

(Christian Lindner [FDP]: Absolut!)

Sie wissen noch nicht einmal ansatzweise, wovon Sie hier quatschen, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben mit dafür gesorgt, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat nicht durchgegangen ist. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kommunen bei den Fiskalpaktregelungen deutlich besser gestellt werden und dass es beim Hartz-IV-Kompromiss zu einer Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen in Milliardenhöhe gekommen ist. Das ist konsistente Politik: konsequent für Kommunen und Länder, für bessere Bildung, für Kita-Ausbau, für eine ökologische Wende in Nordrhein-Westfalen. Das haben wir auch auf Bundesebene umzusetzen versucht.

Ich freue mich auf den Herbst. Dann wird es auch zur Entscheidung darüber kommen, ob Sie mit Ihrem leeren Gequatsche, das durch keine Handlung hinterlegt ist – weder in der Haushaltspolitik noch in anderen Feldern der Gesellschaftspolitik von CDU und FDP –, endlich abgewählt werden und wir eine Chance für eine neue Bundesregierung haben.

(Christian Möbius [CDU]: Davon träumen Sie!)

– Herr Möbius, sollen wir eine Wette machen? Die biete ich Ihnen gerne an. Ich träume nicht. Dafür nehme ich mehrere Wetten an. Nicht dass Ihnen

das passiert, was Herr Kollege Optendrenk heute vollziehen muss!

Dieser Haushalt ist konsequent. Er ist zukunftsweisend. Wir werden im Haushalt 2013 das tun, wovon sich CDU und FDP drücken. Wir werden weitere Konsolidierungsschritte vornehmen und dort anpacken, wo Sie pfeifen und sich vom Acker machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Nun spricht für die FDP-Fraktion der Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Nordrhein-Westfalen liegen wahrscheinlich fünf Jahre rot-grüner Regierungszeit. Das sind fünf verlorene Jahre für Haushaltskonsolidierung und Generationengerechtigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Insofern ist auch der Haushalt für das Jahr 2012 enttäuschend,

(Widerspruch von Hans-Willi Körfges [SPD])

Herr Körfges, alleine schon in formaler Hinsicht: Wir beschließen einen Haushalt, der, wenn er im Amtsblatt veröffentlicht wird, bereits zu elf Zwölftel vollzogen ist. Sie wissen doch, dass es deswegen keinen Sinn macht, hier für einen strukturellen Konsolidierungsausgleich kleine einzelne Änderungsanträge vorzulegen. Hätten wir das gemacht, hätten Sie uns doch mangelnde Seriosität vorgeworfen.

(Beifall von der FDP)

Aber, Herr Kollege, freuen Sie sich nicht zu früh. Das kommt 2013.

Inhaltlich ist dieser Haushalt natürlich auch eine Enttäuschung, denn er forciert die Staatsschuldenkrise. Rot-Grün hat eben leider nichts aus nationalen wie internationalen Entwicklungen und Erkenntnissen gelernt. Ob Sozialticket, Gratisstudium oder beitragsfreie Kita-Jahre: Unter dem Denkmantel einer vermeintlich sozial-präventiven Politik machen Sie Wahlgeschenke und Staatsexpansionen immer nur auf Pump.

(Beifall von der FDP)

Damit nehmen Sie insbesondere der jungen Generation jeden zukünftigen Gestaltungsspielraum. Die Konsequenzen unterlassener Strukturreformen bezahlt die heutige Jugend in den Folgejahren umso bitterer, ohne die Verantwortung für die Ausgangslage jemals getragen zu haben. Fairness, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht anders aus.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es gibt deshalb Dinge, Herr Finanzminister, die Sie zweifelsfrei haben, und es gibt ganz andere, die Sie offenkundig nicht besitzen. Das, was Sie haben, sind vom äußeren Rahmen her finanzpolitische Idealbedingungen. Das, was Ihnen aber fehlt, ist der ernsthafte Wille zur Haushaltssanierung. Wie wackelig und auch löcherig das Fundament Ihres Haushalts ist, zeigen die nüchternen Fakten: Wir haben bei der wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung gute Rahmenbedingungen, auch wenn NRW hinter dem Bundestrends hinterherhinkt. Wir haben bei den Bundesmitteln einen Zuwachs. Wir haben die historisch höchsten Steuereinnahmen der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens, und das alles auch noch in einer Phase historisch niedriger Zinsen.

Aber schon heute ist bekannt, dass das nicht dauerhaft so bleiben wird. Von daher fragen wir Sie, Herr Finanzminister: Wann und wie sonst wollen Sie den Haushalt in Nordrhein-Westfalen sanieren, wenn nicht in diesen Zeiten idealer Bedingungen?

(Beifall von der FDP)

Oder anders formuliert: Wenn Sie selbst unter Bestbedingungen 4,3 Milliarden € neue Schulden machen, sollte Ihnen das zeigen, wie dringlich eine grundlegende Kurskorrektur Ihrer Haushaltspolitik tatsächlich ist.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Schuldenbremse im Grundgesetz für Länderhaushalte 2020 auch keine Belastung. Das ist keine Bedrohung. Das ist kein Grund, sich zu beschweren oder deshalb zu stöhnen. Das ist ein Segen, damit wenigstens das absolut Notwendige geschieht, was ansonsten politische Mehrheiten aus sträflicher Bequemlichkeit unterlassen würden.

Der Grundsatz der Schuldenbremse ist nach gesundem Menschenverstand so elementar wie selbstverständlich. Man darf eben in einem Jahr nicht mehr Geld ausgeben, als man umgekehrt einnimmt. Sonst bekommt man dauerhaft ein Problem.

Wir als FDP-Landtagsfraktion sind davon überzeugt: Mit dem nötigen Ehrgeiz wäre diese Schuldenbremse schon bis zum Ende dieser Wahlperiode im Jahr 2017 zu erreichen, wenn Sie nur heute endlich damit anfangen würden, diese ernsthaft zu wollen.

(Beifall von der FDP)

Wir werben deshalb dafür, die Schuldenbremse auch in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens festzuschreiben, aber natürlich nicht als Mechanismus zur Aufweichung von Bundesstandards, sondern eben mit harten Sanktionen bei der Zuwiderhandlung, damit sie tatsächlich greift.

Herr Finanzminister, Sie mögen in diesem Haus nicht so gerne auf die Opposition hören. Das mag an unserer Rollenverteilung liegen. Aber Sie könnten doch wenigstens auf das hören, was Ihnen Ihre

eigenen Gutachter aufschreiben. PWC rechnet es Ihnen vor, und Sie sehen: Sie haben keinen Spielraum für die Ausdehnung neuer staatlicher Leistungen. So lautet der gutachterliche Befund.

Sie werden das Minimalziel des Haushaltsausgleichs selbst im Jahr 2020 nur dann erreichen, wenn Sie jetzt so schnell wie möglich das Ruder herumreißen. Die Liste der Notwendigkeiten dafür ist lang. Wir haben Ihnen heute als ersten Aufschlag ein Zehn-Punkte-Programm mit wesentlichen Eckpfeilern zur Konsolidierung zur Abstimmung gestellt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das Wichtigste dabei, Herr Kollege, lautet: Alle Staatsaufgaben sind auf Notwendigkeit und Effizienz hin zu prüfen. Landesbetriebe und -beteiligungen müssen wir wirtschaftlich machen und sie überall dort, wo es geht, vernünftig privatisieren.

(Lachen von Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN])

Statt Ihren Aufwuchs um über 2.000 Stellen seit dem Jahr 2010 fortzusetzen, müssen weitere Synergien gehoben werden. Damit dies alles nicht zu Lasten von Beschäftigten und Bürgern geht, müssen Überstandards fallen, beispielsweise in der Umweltbürokratie, im Baurecht oder in der Personalratsarbeit. Wir brauchen ein Standardbefreiungsgesetz, das dem Leitbild folgt: Bundesvorgaben und EU-Vorschriften sind stets eins zu eins umzusetzen – ohne jeden landespolitischen Zuschlagsfaktor obendrauf.

Dies sorgt im Übrigen auch für eine freiheitlichere Politik. Denn ein Staat, der alles regeln und kontrollieren will, ist nicht nur teuer, sondern ihm fehlt auch die Unterstützung seiner Bürger aus der Mitte der Gesellschaft.

Ob Bauskandale des BLB oder das Milliardengrab der WestLB – wenn man eines aus all diesen Vorgängen lernen kann, dann das: Der Staat ist selten der bessere Unternehmer und sollte daher seine Finger von allen Beteiligungen lassen, von denen private Dienstleister am Markt mehr verstehen.

(Beifall von der FDP)

Das ist kein tagespolitischer Schnellschuss.

Herr Börschel, Sie haben eben eingefordert, dass wir hier ehrlich mit dem Thema „WestLB“ umgehen. Ehrlich wäre es auch gewesen, Sie hätten darauf hingewiesen: In diesem Hohen Hause gibt es bereits seit über zehn Jahren Anträge der FDP-Landtagsfraktion, die bereits damals, zu Zeiten, als es noch gewinnbringend möglich gewesen wäre, gesagt hat, dass die WestLB privatisiert werden sollte.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie haben doch fünf Jahre lang regiert, Herr Kollege!)

Das hätte, Herr Kollege, den Steuerzahlern dieses Landes Aufwendungen in Höhe etlicher Milliarden Euro erspart.

(Beifall von der FDP – Zurufe von Hans-Willi Körfges [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie können das alles in Drucksache 13/2776 nachlesen. Da geht es los.

(Lachen von den PIRATEN und von Reiner Priggen [GRÜNE] – Heike Gebhard [SPD]: Fünf Jahre lang regiert!)

Deshalb sagen wir ausdrücklich: Das Grundproblem jeder öffentlichen wirtschaftlichen Betätigung liegt darin, dass fachliche Erwägungen allzu häufig hinter politischen Entscheidungen zurücktreten.

Wir wollen keine Politik der am besten behaupteten Absichten, sondern der besten Ergebnisse. Alles andere ist nicht verantwortbar.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh?

Ralf Witzel (FDP): Normalerweise gern, aber ich würde die Haushaltsrede gern im Zusammenhang vortragen.

(Zuruf von der SPD: Welcher Zusammenhang?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt nicht. – Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Die Haushaltsdaten zeigen, dass nur der schlanke Staat die einzig verantwortbare Entscheidung ist. Verglichen mit den letzten Haushaltsdaten von Schwarz-Gelb aus 2010, bevor Sie, Herr Finanzminister, ins Amt gekommen sind, planen Sie heute mit 6 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Warum hieraus keine strukturelle Haushaltskonsolidierung erwächst, ist klar: Sie geben 2012 auch knapp 6 Milliarden € mehr aus als 2010. Das zeigt: NRW hat kein Einnahmen-, sondern ein massives Ausgabenproblem.

Wir haben uns natürlich die Zahlen näher zu Gemüte geführt, die Sie, Herr Finanzminister, in der letzten Debattenrunde genannt haben. Sie haben gesagt, NRW zahle pro Kopf weniger als andere Bundesländer für die Dienstleistungserbringung. Mal abgesehen von den Synergieeffekten des größten Bundeslandes haben Sie gezielt die kommunalpolitische Aufgabendelegation herausgerechnet, obwohl Sie wissen, dass in fast keinem anderen Bundesland so viele Aufgaben – auch zu Recht – kommunalisiert sind wie in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb haben wir uns Ihre Zahlen näher angeschaut und geprüft, was eigentlich das Statistische Bundesamt (Destatis) für die Ausgaben von Land und Kommunen im Vergleich der 13 Flächenländer, also ohne die drei Stadtstaaten, angibt. In puncto Effizienz steht NRW dabei an Platz 12 von 13: 5.700 € Ausgaben je Einwohner für Kern- und Nebenhaushalte zusammen. Ich glaube, dass das die ehrliche Einjustierung ist.

Deshalb ermuntern wir Sie: Orientieren Sie sich gern an anderen Bundesländern, aber vorzugsweise an den Vorbildern. Sechs andere Bundesländer haben bereits 2011 ausgeglichene Haushalte erreicht. Sie wissen: Weitere haben sie unmittelbar ab 2012 in der Haushaltsplanung. Das sollte auch Ihr Benchmark sein.

Der Auftritt des Landes auf Bundesebene ist leider nicht so rühmlich. So titelte die Presse gerade erst: „Kraft macht den Lafontaine“. Diesen Anschein hat es auch. Sie vernachlässigen Ihre eigenen Landesaufgaben, indem Sie zum Nachteil des Landes NRW die Rolle der Fundamentalverhinderer im Bund übernehmen.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: In Berlin, meinen Sie!)

– In Berlin. – Da ist das Steuerabkommen mit der Schweiz. Wir sind bei der Analyse gar nicht weit voneinander entfernt. Was vorliegt, ist nicht perfekt, sondern ein Kompromiss. Aber er liefert planungssicher und dauerhaft Einnahmen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Planungssicherheit für Steuerhinterzieher!)

Das ist besser als die weitere Verjährung zum Vorteil vieler Steuerhinterzieher.

(Martin Börschel [SPD]: Sie wollten doch selbst Nachverhandlungen! Was ist das denn für eine Heuchelei?)

Sie setzen lieber auf Kommissar Zufall und ein paar einprägsame Medienbilder.

Geradezu grotesk ist Ihr Verhalten als Beseitigungsblockade bei der kalten Progression. Ich frage, weil das gerade von Rednern angesprochen worden ist: Wie ist denn der Sachverhalt? Arbeitnehmer bekommen Lohnerhöhungen gerade zum Inflationsausgleich, gegebenenfalls auch einmal als Leistungsanreiz für größere Produktivität. Der Staat nimmt ihnen dafür mehr Steuern ab. Und in Sachen Kaufkraft hat man trotz Lohnerhöhung netto weniger als ein Jahr zuvor. Das ist Ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit.

Herr Finanzminister, die Beseitigung der kalten Progression ist doch kein Steuersparmodell für Spitzenverdiener, sondern die Verhinderung einer ansonsten stattfindenden automatischen Steuererhöhung zulasten der Mitte der Gesellschaft.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie betrifft Tarifbereiche, für die die Gewerkschaften Lohnabschlüsse tätigen und auf die Straßen gehen. Sie ist über Steuererhöhungen gegenfinanziert, die noch aus den Preissteigerungen resultieren.

Dann Ihr letztes großes Projekt auf Bundesebene nach der signifikanten Erhöhung der Grunderwerbsteuer in NRW: die Einführung einer Vermögensteuer. Der Teufel steckt da schon im Detail. Deshalb sollten Sie Ihr Modell hier einmal näher präsentieren.

Sehen Sie das so offenkundig wie Herr Steinbrück, der zwischen gutem betrieblichen Vermögen, für das keine Vermögensteuer erhoben werden soll, und bösem privaten Vermögen mit Vermögensteuerepflicht unterscheidet? Wir sagen Ihnen bereits heute voraus, wenn Sie dies so umsetzen wollen, ist Ihnen auch für 2013 die nächste Niederlage vor dem Verfassungsgericht sicher, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen lehnt den vorliegenden Haushalt für das Jahr 2012 ab. Wir müssen den Schuldenstaat endlich aus den Fesseln der Finanzmärkte befreien, um uns neue Zukunftsperspektiven zu erarbeiten.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Dazu leistet dieser Haushalt keinen Beitrag. Unser Land braucht den Wechsel, aber nicht den, den Sie haushaltspolitisch auf die Zukunft ziehen, sondern einen Wechsel zugunsten einer verantwortungsvollen und generationengerechten Politik in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Piratenfraktion hat nun Herr Schulz das Wort.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste im Saal und am Stream! Herr Kollege Börschel, es ist ja eine feine Sache, Ihnen fehlt ein Feindbild. Die Linke sind wir nicht. Die Linke haben Sie in der letzten Legislaturperiode umworben und gebraucht. Ich weiß nicht, ob Sie das vielleicht auch mit dem Bund verwechseln. Wenn Sie von Milliardenforderungen sprechen und das mit den Linken verbinden, so kann das sein. Bei uns ist das nicht der Fall.

Wir finden einen Haushalt vor mit einer Nettoneuverschuldung – heruntergerechnet und nach irgendwelchen Tilgungen – von derzeit round about

4,2 Milliarden €. Im Haushaltsgesetzentwurf waren es noch 4,749 Milliarden €. Wenn ich bedenke, dass unsere Forderungen, die wir im Laufe der Haushaltsberatungen erhoben haben, 470 Millionen € umfassen, dann haben Sie wahrscheinlich vergessen, bei den Milliarden eine Null wegzustreichen, weil wir dann genau da sind, wo wir angesetzt haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Was die WestLB angeht, die gern von allen Fraktionen bemüht wird, um sich das einander vorzuwerfen: Das muss nicht sein. Ich glaube nicht, dass in diesem Raum eine Fraktion einer Partei sitzt, die sich bei der WestLB in den letzten 20 Jahren in irgendeiner Form mit Ruhm bekleckert hat. Was dabei herauskommt und ob vielleicht doch noch der Untersuchungsausschuss zustande kommt, wissen wir nicht. Das müssen wir einfach abwarten.

Letztendlich haben wir es aber mit einem Haushalt zu tun, und der ist nichts weiter als ein Beleg dafür, dass hier eine Politik der Verlustsozialisierung stattfindet. Das beste Beispiel ist die WestLB.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir sind in diesem Parlament angetreten und in dieses Parlament gewählt worden, um zu lernen. Das haben wir immer gesagt. Wir haben nie gesagt, wir können es. Wir bemühen uns darum, hier vernünftige, konstruktive Oppositionspolitik zu gestalten.

Im Eiltempo durften wir lernen, was es heißt, sich die Schatten der haushalts- und finanzpolitischen Vergangenheit der letzten Legislaturperioden um die parlamentarischen Ohren zu hauen. Im Eiltempo durften wir lernen, wie es sich anfühlt, wenn vernünftige Vorschläge zur Haushalts- und Finanzpolitik des Landes in Anlehnung an die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen niedergestimmt werden. Demokratie – wunderbar, dazu stehen wir.

Wir haben in den Ausschüssen beraten, uns in zahlreichen Anhörungen und Besprechungen ausgetauscht und die Besetzung des Schuldenraumschiffs ausgelotet. Wir haben gelernt, dass es nicht möglich ist, die Schulden auf den Mond zu schießen, und wir stellen fest, am Steuerknüppel des Schuldenraumschiffs sitzt die Regierungskoalition.

Wir haben auch gelernt, dass es nötig sein wird, an diejenigen Stellen weiterhin die haushalts- und finanzpolitischen Daumenschrauben anzusetzen, an denen wir es im Interesse der Menschen in unserem Bundesland für notwendig halten.

Wir haben gelernt, was es heißt, eine Forderung nach Erhöhung des Verbundsatzes zugunsten der Städte und Gemeinden nicht bewilligt zu bekommen, und dass moderate Einzelplanforderungen abgewiesen werden.

Wir haben gelernt, wie es sich anfühlt, wenn für solche Forderungen Hunderte von Millionen zusätzli-

cher Bundeszuweisungen und die Erhöhung der Zuflüsse aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von rund 600 Millionen € nicht als für die Gegenfinanzierung ausreichend angesehen werden, sondern dass solche Mittel in die WestLB bzw. in die Reduzierung der Schuldenlast aus der WestLB gesteckt werden müssen. Sozialisierung von Verlusten!

Wir haben die Erkenntnis gewonnen, dass es wegen schlechter Verhandlungsergebnisse ein notwendiges Übel ist, diese Verluste zu sozialisieren. Aber daraus können wir ja nicht die Erkenntnis ziehen, dass das gut ist. Die Städte und Gemeinden verharren weiterhin in ihren ausweglos erscheinenden Schuldensümpfen. Wenn wir dann hören, die Zuweisungen haben dieses Jahr 8,1 Milliarden € betragen, dann mag das ursprünglich auch der Plan gewesen sein – das haben wir ja schon im Haushaltsentwurf Anfang des Jahres gesehen –, aber dass die Effekte aus den Mehreinnahmen in irgendeiner Form den Kommunen zu Gute gekommen wären, davon ist nichts zu sehen. Das ist wiederum kein Lerneffekt, sondern die rechnerische Konsequenz verfehlter und nicht nachhaltiger sowie nicht in allen Belangen konnexer Haushaltspolitik.

Wir wissen, dass dies keineswegs ausschließlich Folge der Politik der aktuellen Regierung und der sie tragenden Fraktionen ist. Das ist sicher auch Folge der Politik anderer in diesem Hause, heute in der Opposition sitzender Fraktionen. Wir werden bemüht sein, daran mitzuwirken, dass das nicht so bleiben muss.

Bei der mittelfristigen Finanzplanung bis 2015 rechnet die Regierung mit jährlichen Mehreinnahmen in Höhe von rund 2 Milliarden € allein aus Steuern. Wie die konjunkturelle Entwicklung verläuft, müssen wir abwarten, und auch, ob mit solchen Mehreinnahmen realistisch gerechnet werden darf. Das wird sich bereits zeigen, wenn im Frühjahr die ersten Steuerschätzungen auf dem Tisch liegen.

Dennoch betrachten wir, die Piratenfraktion, es als nicht zwingend, einen Schuldenhaushalt des gegebenen und heute zur Abstimmung stehenden Volumens zu verabschieden und ihm zuzustimmen, ein Schuldenhaushalt, der lediglich noch dokumentarischen Charakter hat, nachdem elf Zwölftel des Jahresbudgets bereits abverfügt sind. Dabei stehen bereits heute eine dreiviertel Milliarde Euro an globaler Minderausgabe praktisch fest, und es stehen auch, wie ich bereits sagte, Mehreinnahmen aus Bundeszuweisungen fest.

Wir reden also von deutlich über 1,2 Milliarden €, die es ermöglicht hätten, sinnvolle Ausgaben vor dem Hintergrund unserer Forderungen, die insgesamt ein Volumen von 470 Millionen € ausmachen, zu tätigen – und zwar finanziert aus dem laufenden Haushalt.

Betrachten wir den Lerneffekt bezüglich unserer moderaten Forderungen für 2012, bleibt die Frage –

denn wir sind ja die mit den Fragen –, ob die Landesregierung es wirklich ernst meint, wenn sie einen politischen Dreiklang proklamiert, der lautet: Sparen, Zukunftsinvestitionen und Einnahmenverbesserung.

Wir sehen im Haushalt allenfalls, dass am falschen Ende gespart wird, um sich auftuende Löcher an anderer Stelle zu stopfen, Stichwort: WestLB. Zukunftsinvestitionen stellen sich bei Ihnen als der Versuch heraus, Fehlentwicklungen der jüngeren Vergangenheit auszugleichen. Zukunftsinvestitionen hätten gemäß unseren Forderungen zum Beispiel bedeutet, 400 neue Lehrerstellen zu schaffen, die es ermöglicht hätten, verschiedene Defizite abzubauen und der Inklusion den Stellenwert einzuräumen, den sie verdient.

Einnahmenverbesserungen – das heißt bei Ihnen nichts anderes, als sich darauf zu beschränken – so sieht es zumindest aus –, nach dem Zufallsprinzip auf Steuereinnahmen aus Selbstanzeigen von Steuersündern zu hoffen.

Das kann es nicht sein. Wo bleibt der Dreiklang? Für mich ist das ein Missklang.

(Beifall von den PIRATEN)

Da es im Haushalts- und Finanzausschuss geheißen hat – Herr Kollege Börschel hat das mal erwähnt –, dass die Hand, die wir geben, nicht genommen werden könne, weil es sich nicht um die Hand handele, die die regierungstragenden Fraktionen gerne hätten, müssen wir uns fragen: Welche Hand hätten Sie denn gerne? Doch sicherlich nicht die der Zustimmung zu all dem, was Sie hier machen. Denn dazu brauchen Sie uns nicht; dafür haben Sie ja sich selbst.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Wir haben es mit einer Nettoneuverschuldung im Haushalt von abgerundet 4,2 Milliarden € nach Tilgung an Gebietskörperschaften und Sondervermögen zu tun. Dies dürfen und können wir angesichts des Abschlusses der Haushaltsberatungen in dritter Lesung selbstverständlich nicht unkommentiert lassen. Den Kommentar dazu habe ich bereits gegeben. Außer Annahmen ins Blaue hinein sehen wir für die Zukunft im Prinzip nichts.

Es liegen die Themen „Bildung“ und „Inklusion“ auf dem Tisch. Es liegen auch die Themen „ÖPNV“ und „Umwelt“ auf dem Tisch. In all diesen Bereichen fehlen vernünftige Ansätze, die auch zukunftsorientiert sind. Ich verweise an dieser Stelle nur auf die Kostenansätze für den Rückbau des Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop. Auch da fehlt es an Plänen, obwohl es im Koalitionsvertrag steht.

Im Koalitionsvertrag steht vieles. Er dokumentiert diejenigen Mängel der Regierungsplanung, die durch Haushaltsentwürfe offenkundig und lediglich perpetuiert werden. Das ist eine Politik, die wir beobachten werden. Wir wollen sie nach Möglichkeit

weiterhin konstruktiv begleiten. In der Rolle der Opposition sehen wir uns allerdings an dieser Stelle nicht in der Lage, diesem Haushalt auch nur ansatzweise zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Nun spricht für die Landesregierung der zuständige Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erlebe das wiederholt bei einer Debatte zur Verabschiedung eines Haushalts: Wenn man noch eines gebraucht hätte, um zu wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dann diese Debatte, die wieder einmal zeigt, dass den einen die Ausgaben zu hoch, den anderen die Ausgaben zu niedrig sind. Man kann sagen: Wenn man Kritik in dieser Weise von zwei Seiten erfährt, muss an dem Weg per se etwas richtig sein.

Wenn ich mir die Krokodilstränen ansehe und höre, wie jetzt über die verspätete Einbringung lamentiert wird, dann kann ich nur sagen: Es hat keinen Haushalt gegeben, der so lange diskutiert worden ist wie dieser. Er liegt diesem Parlament seit einem Jahr vor. Er hätte schon im März verabschiedet werden können. Dass er nicht verabschiedet worden ist, lag an einem Zickzackkurs der FDP,

(Zuruf von der FDP: Was?)

der irgendwann dazu geführt hat, dass Sie auf die Gegenfahrbahn gekommen und zum Geisterfahrer geworden sind.

(Widerspruch von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Dann haben Sie den Haushaltsentwurf mit den Linken und der CDU abgelehnt.

(Christian Möbius [CDU]: Es geht um die Einbringung! – Zuruf von den PIRATEN)

Ich habe heute Morgen gelesen, Herr Lindner, dass Sie glauben, wir gingen in die falsche Richtung. Wenn man wie Sie auf der falschen Spur ist, ist nachvollziehbar, warum Sie dazu kommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie dürfen sich nur nicht wundern, wenn Ihnen ziemlich viele entgegneten.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann nur noch einmal sagen: Es hatte eine Folge, dass Sie abgelehnt haben: Der Landtag hat sich aufgelöst. Das Thema „Haushalt und Finanzen“ stand im Mittelpunkt des Wahlkampfes, den Sie geführt haben. Die Menschen haben eine sehr klare Entscheidung getroffen. Sie haben Hannelore Kraft und ihrem Kabinett, SPD und Grünen eine deutliche

Mehrheit verschafft – genau vor dem Hintergrund dieser Diskussionen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Denn die Menschen haben verstanden, dass die Politik des Dreiklangs der richtige Ansatz ist. Natürlich müssen wir sehen, wo wir sparen können. Natürlich müssen wir jede Ausgabe auf den Prüfstand stellen, um zu sehen, ob wir mit weniger Aufwand das gleiche Ergebnis erzielen können.

Aber sie wissen auch ganz genau, dass es eine Frage von Generationengerechtigkeit ist, wenn nicht mehr genug Geld für Bildung da ist, wenn die Infrastruktur verrottet, wenn die öffentliche Sicherheit in Gefahr gerät, weil der soziale Zusammenhalt in die Binsen geht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Genau an dieser Stelle geht es darum, etwas dafür zu tun, dass dieses Land auch in Zukunft noch wirtschaftlich stark und lebenswert ist und vor allen Dingen einen sozialen Zusammenhalt hat.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Dr. Papke, bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Finanzminister, sind Sie wirklich der Auffassung, dass das mehrheitliche Mandat der Regierung, der Sie jetzt angehören, bei der letzten Landtagswahl auch ein Mandat für Sie persönlich ist, Ihre hemmungslose Verschuldungspolitik einfach fortzusetzen?

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Ich beziehe mich auf Ihre soeben vor dem Landtag getätigten Ausführungen. Muss man Sie wirklich so interpretieren? Sind Sie wirklich dieser Auffassung?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Papke, mindestens 96 % der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen wissen, dass es gar nicht um das geht, worüber Sie immer reden. Deswegen stimmen Ihnen auch nur noch die restlichen 4 % zu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der FDP)

Die Menschen wissen, dass es nicht um hemmungslose Verschuldung geht, sondern darum, die wirklich nachhaltige Konsolidierung des Haushalts sicherzustellen. Nachhaltig heißt, nicht allem anderen den Boden zu entziehen, was dafür nötig ist, anschließend überhaupt noch Steuereinnahmen zu

haben, also dass Menschen überhaupt Steuerzahler sind und nicht in der Transferzahlung hängen. Darum geht es, und das haben die Menschen verstanden, und dafür haben sie uns ihr Mandat gegeben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Etwas für die U3-Betreuung zu tun, damit Frauen und Männer in der Lage sind, ihrem Beruf nachzugehen, etwas dafür zu tun, dass Talente nicht liegenbleiben, etwas in Bildung zu investieren, etwas dafür zu tun, dass die Kommunen handlungsfähig bleiben – auch das ist Generationengerechtigkeit.

(Beifall von der SPD)

Sie haben – was schlimm genug ist – die ganze Zeit nur angekündigt, Vorschläge zu machen, sind aber mit keinem rübergekommen. Viel schlimmer ist aber, dass Sie, wenn Sie diesen Haushalt zerschneiden und die Landesregierung kritisieren wollen, immer mit Zerrbildern arbeiten, die nichts mehr mit der Realität zu tun haben. Ich nenne ein paar Beispiele.

Ein Beispiel ist das Thema „Verschuldung“. Herr Optendrenk, Sie haben eine wunderschöne Grafik mit den absoluten Zahlen der Neuverschuldung herausgegeben. Wenn Sie die mit der Pro-Kopfverschuldung herausgegeben hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass acht Länder der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Haushalt 2012 eine geringere und sieben Länder eine höhere Pro-Kopfverschuldung vorsehen. Das heißt, dass Nordrhein-Westfalen mit seinem Haushalt, der auf dem Weg zur Konsolidierung ist, in der Mitte dieser Länder-Phalanx steht. – Das ist das eine.

Das andere ist: Wer von den Ländern hat nicht nur einen wunderschön ausgeglichenen Haushalt, sondern zahlt sogar schon zurück? Ich nehme als Beispiel das Land Sachsen. Es hat jetzt einen leichten Überschuss, weil es im Jahr 2011 – das sind die Zahlen, die mir vorliegen – aus dem Umsatzsteuer-ausgleich 2,2 Milliarden, aus dem Länderfinanzausgleich ungefähr 1 Milliarde und von den Bundesergänzungszuweisungen 2,8 Milliarden bekommen hat. Das sind 6 Milliarden für 4 Millionen Einwohner. Wenn ich bei mehr als viermal so vielen Einwohnern 24 Milliarden – oder mehr: 25 Milliarden oder 26 Milliarden – zusätzliche Hilfen für den Haushalt von Nordrhein-Westfalen bekäme, hätten wir eine etwas andere Konsolidierung als Sachsen – um das mal deutlich zu machen.

(Beifall von der SPD)

Und das vor dem Hintergrund, dass Nordrhein-Westfalen – um auch damit aufzuräumen – in beiden Stufen des Länderfinanzausgleichs eben nicht Nehmerland ist, sondern 2,4 Milliarden für den Umsatzsteuer-ausgleich zahlt, um dann, wenn spitz abgerechnet wird, 200 Millionen zurückzubekommen!

Zweites Zerrbild: das ewige Thema „WestLB“. Gerade, weil Sie eben auch angemerkt haben, dass

ich auf eine lange Zeit des Wirkens der WestLB und der damit verbundenen Menschen zurückblicken kann, sage ich: Ohne die WestLB hätte der Strukturwandel im Ruhrgebiet und der Strukturwandel in unserem Land anders ausgesehen.

(Beifall von der SPD)

Dass wir heute als ein modernes Industrieland dastehen, das immer noch eine Menge zu schultern hat, vor allen Dingen weil Erwachsene und auch Kinder bei diesem Wandel zum Teil nicht mitgekommen sind, dass nicht die Bedrohung entsteht, dass daraus ein fester Block von Transferhilfeempfängern wird, sondern Steuerzahler, ist nicht durch Zudrehen von Geldhähnen zu erreichen, sondern durch Investitionen. Das ist richtig, das muss man tun.

Aber die WestLB hat damals entscheidend zur Finanzierung des Strukturwandels beigetragen. Vieles von dem, was heute an Verlusten aufgelistet wird, ist für einen Finanzminister alles andere als vernünftig und schön. Es ist auch alles andere als eine notwendige Folgerung dessen, was damals gemacht worden ist. Es hätte anders ausgehen können. Deswegen ist das, was von Ihnen heute immer als Last und als zusätzliche Belastung gesehen wird, nicht wie Kai aus der Kiste irgendwo hergekommen, sondern es ist zerronnen, was vorher gewonnen wurde. Ärgerlich genug!

Deswegen haben wir jetzt in die Umstrukturierung der WestLB zu Portigon 1 Milliarde investiert. Herr Witzel berichtet vor den Medien, es seien noch 2,5 Milliarden dazugekommen. Das ist aber nichts anderes als das, was in der Zeit von Finanzminister Linssen – ungleichgewichtig verteilt zulasten des Landes und zugunsten der Sparkassen mit 4 Milliarden zu 1 Milliarde – an Garantien ausgesprochen worden ist, die in den nächsten Jahren ziehen werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was für eine Überraschung, die da auf uns zukommt, nachdem Sie verhindert haben, das am Ende des Jahres 2010 in einen Nachtrag zu packen und zu sagen: Das legen wir uns zur Seite, weil diese Lasten auf uns zukommen werden.

Gestern, geschleust aus dem Bundesfinanzministerium, war auf einmal zu lesen: Da sind ja noch 50 Milliarden. – Das ist durch statistische Verrenkungen zustande gekommen. Das, was jetzt aus der WestLB in die Erste Abwicklungsanstalt geht, wird in der Statistik plötzlich als Staatsschulden gewertet, obwohl diese Papiere in allen anderen Landesförderbanken und Landesbanken weiterhin der Landesbank zugerechnet werden. Das soll hier wie eine zusätzliche Belastung aussehen.

Die Litanei, die die FDP mit ihrem Antrag vorgelegt hat, ist wunderbar. Man könnte sie der Reihe nach abarbeiten, wenn dafür die Zeit reichen würde.

Sie sagen unter anderem, Sie stehen mit Ihrer Leistung auf der Bundesebene davor, einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Gucken Sie sich das aber mal an! Sie ziehen von einem zweistelligen Milliardenbetrag an neuen Schulden 2,8 Milliarden ab und sagen, die seien konjunkturell. Bei uns aber sagen Sie – vorwiegend die CDU –, dass eine Störung des Gleichgewichts nicht besteht. Dann ziehen Sie all das ab, was für die Europäische Union, den Eurowirtschaftsraum, zu leisten ist, weil das nicht strukturell sei. Bei uns aber ist die WestLB natürlich strukturell, obwohl jeder weiß, dass das eine Belastung ist, die nicht zum strukturellen Defizit gehört.

(Christian Lindner [FDP]: Der Bund hat dem Land Nordrhein-Westfalen alle Lasten abgenommen für Europa!)

Nächster Punkt: Sie verschieben das Betreuungsgeld um ein halbes Jahr und lassen sich dafür feiern, dass Sie damit Geld gespart haben. Sie greifen in die Kassen Ihrer Tochter KfW, die damit nicht mehr in der Lage sein könnte, zum Beispiel zur energetischen Sanierung anständige Programme vorzulegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie senken den Zuschuss in den Gesundheitsfonds, bedienen sich an allen Ecken und Enden aus Kassen anderer und erklären dann, Sie kämen zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt. Soll das die Seriosität sein, von der vor allen Dingen Herr Witzel immer wieder spricht?

Er sagt auch, wir hätten im Augenblick ideale Bedingungen. Erklären Sie den Leuten draußen einmal, dass das, was in Europa im Augenblick vor sich geht, die idealen Bedingungen für Haushalte der Gegenwart und der Zukunft sind!

(Christian Lindner [FDP]: Damit haben Sie in Ihrem Haushalt doch nichts zu tun! Das macht alles der Bund!)

Außerdem reden Sie von Rekordsteuereinnahmen. Ja, was denn sonst? In jeder Gesellschaft, in der die Kosten wachsen, würden schon konstante Steuereinnahmen zu einer Schwächung und einem Abbau staatlicher Leistungen führen. In jedem Unternehmen brauchen Sie steigende Umsätze, wenn Sie wachsende Kosten ausgleichen und eine wenigstens gleichbleibende Rendite erzielen wollen. Das bedeutet: Wachsende Steuereinnahmen sind die Mindestvoraussetzung. Sie reichen aber noch lange nicht, um den Haushalt morgen ausgleichen zu können.

Trotzdem haben wir all das immer wieder dafür eingesetzt, auf beiden Seiten zu konsolidieren. Sehen Sie sich einmal den Haushaltsverlauf seit 2010 an! Wir sind mit unseren Istwerten immer unter den Sollwerten geblieben. Wir haben eine Linie, die den Abbau der Neuverschuldung zeigt. Wir haben einen Pfad bis 2020, der darauf hinweist, dass wir unter

normalen Bedingungen die Schuldenbremse einhalten werden – unter normalen Bedingungen. Dafür brauche ich mir gar keine wunderschönen Bedingungen auszurechnen.

All diese Dinge wollen Sie nicht wahrhaben. Sie wollen sie wegreden. Sie müssen Zerrbilder bemühen, um sich das schönzurechnen oder schlechtzurechnen, wie auch immer man es sehen will.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Lindner?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Herr Finanzminister. Vor dem Hintergrund Ihrer Bewertung der Haushaltspolitik im Bund und im Land würde ich gerne wissen, wie Sie beispielsweise die heutige Forderung Ihres Kabinettskollegen Guntram Schneider bewerten, der mal eben wieder vom Bund 6.000 zusätzliche Stellen finanziert haben will.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die Stellen gibt es ja schon!)

Sie fordern immer vom Bund – und dann schimpfen Sie noch auf den Bund. Sie begleiten nicht die Konsolidierung des Bundeshaushalts durch die Bundesregierung, sondern erheben immer wieder Forderungen.

(Zuruf)

– Ich habe meine Frage bereits gestellt. Das war die Erläuterung dazu.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Erst einmal geht es darum, die Stellen, die vorhanden sind, zu finanzieren. Natürlich stellen wir – auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in Bezug auf Sozialarbeiter in Schulen, aber auch bezüglich der Eingliederungshilfe – immer Forderungen an den Bund, weil es da um Dinge geht, die sich der politischen Willensbildung eines Landesparlaments oder eines kommunalen Rates entziehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Immer nur fordern!)

Dass man dann, wenn der Bund sich dieser Aufgabe entzieht, darüber schimpft, ist ja wohl normal.

Das Schönste war übrigens, als ich am vergangenen Freitag nach der Bundesratssitzung in einem Blatt mit einer Millionenaufgabe las, dass jetzt eine Last von 20 Milliarden € auf die Menschen zukomme. Diese 20 Milliarden € bestanden zum einen aus

den hochgeblasenen 10 Milliarden € des Steuerabkommens mit der Schweiz. Die anderen 10 Milliarden € waren ausschließlich von der Ländermehrheit blockierte Mindereinnahmen, die die Bundesregierung beschließen wollte. Da geht es beispielsweise um die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen um zwei Jahre mit der Folge, dass ein Steuerausfall von bis zu 1,5 Milliarden € entsteht. Mit anderen Worten: eine Lizenz zur Vernichtung von Beweismaterial!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das sind Ausgaben, die sich aus Ihrer Sicht für den Staat lohnen, weil sie einer ganz bestimmten Klientel in die Hände spielen. Da haben wir einen anderen Ansatz. Durch alle Ihre Beiträge ist das heute auch so deutlich geworden, dass man gar nicht mehr viel dazu sagen muss.

Das alles ist noch einmal eine Bestätigung dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Auf diesem Weg werden wir weitermachen und damit auch 2020 eine Schuldenbremse einhalten, die nicht vernachlässigt, dass wir in diesem Land auch etwas zu tun haben. Es gibt nun einmal Aufgaben, die wir zu erledigen haben. Zu diesen Aufgaben stehen wir auch. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Kuper das Wort.

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir bzw. Sie, die Koalitionsfraktionen, verabschieden heute das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 und entscheiden damit über das Wohl oder Unwohl unserer kommunalen Familie. Trotz Rekordsteuereinnahmen und einer zusätzlichen Abmilderungshilfe, die Sie hineingeben, gibt es 156 Verliererkommunen im Land. Das dokumentiert letztlich eine viel zu geringe Finanzausstattung, die sich auch in diesem Jahr am Jahresende wieder in einem Finanzierungsdefizit in Milliardenhöhe für die kommunale Familie dokumentieren wird.

(Martin Börschel [SPD]: Pharisäer! Erst zündet ihr das Haus an, und dann ruft ihr die Feuerwehr!)

Im Jahr 2011/2012 sorgen Sie mit dieser Finanzierungsregelung gleichzeitig dafür, dass eine Viertelmilliarde Euro aus dem ländlichen kreisangehörigen Raum in den großen kreisfreien Raum umgeschwitzt wird.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch falsch! Das ist schlicht falsch!)

Damit verschlimmern Sie die Situation der mittleren und der kleineren Städte zugunsten des kreisfreien

Raums, der Großstädte. Das machen Sie, ohne die Situation in den Großstädten signifikant zu verbessern.

Nach der Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik zeigten Sie sich außerdem sehr beratungsresistent. Alle Sachverständigen kritisierten dort die Ausgestaltung des Schüleransatzes. Die Differenz zwischen dem Ansatz für Ganztagschüler und Halbtagschüler wurde von einem der Sachverständigen sogar als fast willkürlich bezeichnet.

Genauso kritisierten alle Sachverständigen die Zuordnung der offenen Ganztagsgrundschule zum Halbtagschülerbereich. Die offene Ganztagsgrundschule ist, wie der Name schon sagt, eine Ganztagschule. Es ist eine Binsenweisheit, dass eine offene Ganztagschule keine Halbtagschule ist. Sie verursacht Kosten wie beim gebundenen Ganztags. Warum ordnen Sie die offene Ganztagsgrundschule dann dem Halbtagsbereich zu? Das verstehe, wer mag. Hier ist Ihr Verhalten schlichtweg als beratungsresistent zu bezeichnen.

Mit diesem GFG helfen Sie einigen ausgewählten Städten und lassen Sie viele andere Städte in ihrer Not im Regen stehen.

Meine Damen und Herren, Sie reden von Kommunalfreundlichkeit und verweigern gleichzeitig die Konnexität und die Kostenerstattung für die Kommunen bei der Inklusion,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie reden über Konnexität? Das ist ja ein Witz!)

obwohl Sie genau wissen: Inklusion ohne notwendige Grundqualität geht zulasten der betroffenen Kinder und Eltern sowie der Lehrerschaft.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer bezahlt das denn? Wer bezahlt das?)

Mit dieser Regelung wird für die Kommunen ein neuer desaströser Finanz-Tsunami ausgelöst.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

So kann man mit den Kommunen und mit den Betroffenen nicht umgehen. Kehren Sie um! Beweisen Sie die von Ihnen selbst vielgepriesene Kommunalfreundlichkeit!

Aber dazu vielleicht auch noch ein Satz: Wer hat denn die Belastungen der Kommunen eingeführt? Nehmen wir mal das Beispiel der Kosten der Unterkunft. Wer hat die Belastung der Kommunen für die Grundsicherung eingeführt? Das war die rot-grüne Bundesregierung und nicht Schwarz-Gelb. Das sei an dieser Stelle auch noch mal gesagt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Von daher: Die Lösung der Finanznot der Kommunen wird angesichts der Finanzen des Landes nicht alleine mit GFG-Mitteln gelingen.

Es ist an der Zeit, dass Sie für die Zukunft der Kommunen endlich ganzheitliche Konzepte entwickeln. Sie sind als Regierung hier in der Verantwortung, zu liefern. Wir warten mit Spannung auf Ihre Vorschläge. Oder sind Sie jetzt schon mit Ihrem Latein am Ende? – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kuper. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Hübner.

Michael Hübner (SPD): Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kuper, wir sind heute in der fünften Lesung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Insofern ist das Gemeindefinanzierungsgesetz durchaus als historisch zu werten:

(Kai Abrusatz [FDP]: In der Tat!)

weil wir niemals ein Gemeindefinanzierungsgesetz – ich habe mich bei Kollegen erkundigt – jeweils fünf Mal gelesen haben.

Herr Kuper, Ihr Versuch, das Gemeindefinanzierungsgesetz, das jetzt im Entwurf vorliegt, das das historisch Größte ist – sozusagen auch wieder eine historische Leistung dieser Landesregierung –, zu zerreden, der ist Ihnen kräftig misslungen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will Sie einfach noch mal darauf hinweisen, dass nicht wir es waren, nicht die rot-grüne Landesregierung der jetzigen Legislatur, auch nicht die rot-grüne Landesregierung vor 2005, die den Raubzug durch die kommunalen Haushalte begangen hat. Es sind in der Summe 3 Milliarden, die Sie den Kommunen entzogen haben. Heute die kommunalen Finanzierungsdefizite aufzurufen und die eigene Verantwortung wegzudelegieren, das ist absolut nicht in Ordnung. Das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen, Herr Kuper.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben das GFG angesprochen. Immerhin haben Sie in Ihrer Rede erwähnt, dass 8,4 Milliarden das höchste GFG darstellen. Immerhin! Das muss ich konzedieren. Das haben Sie gesagt.

Sie haben aber nicht gesagt, dass wir seit 2010 weitere Verbesserungen eingeleitet haben. Wir stellen in diesem Jahr 8,4 Milliarden aus dem GFG und 350 Millionen aus dem Stärkungspakt zur Verfügung. Damit sind wir schon bei knapp 8,8 Milliarden, die wir in diesem Jahr alleine für die Ausstattung der Kommunen bereitstellen.

Wir haben uns seit 2010 das kommunale Finanzierungsdelta genau angeschaut. 2,5 Milliarden betrug es nach Ihrer Verantwortungszeit. 2,5 Milliarden!

Wir haben im Rahmen des Hartz-IV-Kompromisses dafür gesorgt, dass die Bundesregierung den Kommunen in Nordrhein-Westfalen über die Grundversicherung im Alter rund 1 Milliarde zusätzlich zur Verfügung stellen muss. Von den 2,5 Milliarden haben wir darüber 1 Milliarde abgedeckt.

Wir haben im GFG Verbesserungen in der Summe erreicht, die im GFG 2013 auflaufend 323 Millionen betragen werden.

Wir haben 300 Millionen in das GFG 2010 eingefügt.

Das, was wir hier seit 2010 auf den Weg gebracht haben, war wirklich eine große historische Leistung. Das können Sie auch mit dem Redebeitrag, den Sie hier gerade erbracht haben, nicht einfach vom Tisch wischen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben hier ja gerade den Konflikt zwischen den kreisangehörigen Städten aufgemacht. Sie kommen aus einer kreisangehörigen Stadt. Ich dachte immer, dass Sie besser informiert sind, da Sie sich im Städte- und Gemeindebund um die Finanzpolitik gekümmert haben. Ich habe immer den Eindruck gehabt, dass die Kollegen im Städte- und Gemeindebund relativ ordentlich gearbeitet haben. Dass Sie dann nicht anerkennen wollen, dass wir seit der ifo-Kommission enorme Verbesserungen auf den Weg gebracht haben, die hier einen großen Konsens gefunden haben, macht es umso schlimmer. Der große Konsens besteht darin, den Soziallastenansatz in die GFG-Systematik hineinzubringen. Das gelingt uns ja auch.

Weil wir kommunalfreundlich sind und kommunalfreundlich bleiben wollen, gelingt es uns auch in diesem Jahr, eine einmalige Abmilderungshilfe für diese von Ihnen vorgeworfenen Verwerfungen im GFG zur Verfügung zu stellen: in einer Größenordnung von 70 Millionen €. Dass das kein leichter Schritt ist – Sie haben gerade die Haushaltsdebatte verfolgt –, dass der Gesamthaushalt auf Kante genäht ist, wissen Sie auch. Von daher darf man loben, aber nicht in der Art und Weise kritisieren, wie Sie hier den Versuch gemacht haben. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Hübner. – Für die grüne Fraktion hat sich noch einmal Herr Mostofizadeh zu Wort gemeldet.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur einige kurze Bemerkungen möchte ich noch machen. Bei Herrn Witzel habe ich heute zum ersten Mal vernommen, dass die FDP es anerkennt, dass es einen Zusammenhang zwischen den Kommunalfinzenzen und dem Haushalt des Landes gibt. Das hat Herr Engel

fünf Jahre lang bestritten. Er hat immer gesagt, die Kommunen müssten ihre Hausaufgaben machen und ihren Haushalt in Ordnung bringen. Das hat dazu geführt, dass Innenminister Wolf, der für die kommunalen Finanzen fünf Jahre zuständig war, die Kommunen stranguliert hat, wo es nur ging, und gesagt hat: Wenn ihr das nicht in Ordnung kriegt, ist das euer Problem.

Und einen zweiten Punkt finde ich sehr, sehr beeindruckend, Herr Kollege Witzel. Sie haben hier heute erneut, nachdem Sie das schon in der letzten Debatte um den Haushalt – also in der zweiten Lesung – vorgetragen haben, gesagt, dass es den größten Skandal beim BLB überhaupt gegeben hat, und das dann in Zusammenhang gesetzt mit einer Privatisierung von Landesgesellschaften.

Herr Kollege, soll ich Ihnen mal sagen, was beim BLB passiert ist? Egal, ob der privat wäre, eine GmbH, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder sonstwie aufgestellt: Sie, FDP und CDU, haben als Landesregierung wider besseres Wissen Aufträge an ein Unternehmen herausgegeben und Geld verbrannt, damit sich Herr Rüttgers und andere Politiker 2010 in Duisburg an den Hafen stellen und Schaufeln schwingen konnten.

Das war der Hintergrund. Das hat nichts mit der Privatisierung zu tun. Den Skandal werden wir aufklären. Wir werden Ihnen nachweisen, dass Mitglieder des Kabinetts trotz besseren Wissens Entscheidungen getroffen haben, die das Land mindestens zweistellige, wenn nicht sogar dreistellige Millionenbeträge gekostet haben. Das ist Ihr Vermächtnis, Herr Kollege Witzel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Kuper, zur Kommunalfinanzierung: Sie sprechen von einem Finanztsunami im Zusammenhang mit der Inklusion. – Herr Kollege Kaiser und andere Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wollen Sie die Inklusion noch, oder wollen Sie die Umsetzung ad absurdum führen, sie blockieren oder vielleicht sogar hintergehen? Wollen Sie Ihren Kollegen Optendrenk, Laumann und anderen widersprechen, indem Sie sagen: „Haushaltskonsolidierung interessiert uns nicht, egal was passiert, das Land kann immer nachschießen; jede Forderung, die die Kommunen oder Dritte stellen, ist zu befriedigen und mit Millionenbeträgen auszufinanzieren“?

Damit sind Sie absolut unglaubwürdig und nicht an der Seite derjenigen, die das Ganze umsetzen wollen. Sie sind populistisch und machen sich vom Acker.

Das finde ich angesichts des Schulkompromisses und der vielen guten Punkte, die im Schulbereich miteinander vereinbart worden sind, nicht nur sehr schade, sondern das ist in dem zentralen Feld der Landespolitik auch ein Bruch guter Kompromisse und guter Fortschritte, die wir in Nordrhein-West-

falen in den letzten drei Jahren zustande bekommen haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Die letzten zwei Punkte: Herr Kollege Kuper, Sie sind neu im Parlament, aber sicherlich nicht unkundig; davon gehe ich aus. Sie werden verfolgt haben, was in den letzten Jahren in Sachen Kommunalfinanzierung passiert ist. Ich rufe es noch einmal kurz in Erinnerung: Das Verfassungsgericht hat entschieden, dass der U3-Belastungsausgleich zulasten der Kommunen verfassungswidrig gewesen ist. Das Landesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Einheitslastenausgleich zulasten der Kommunen verfassungswidrig war.

Wir alle wissen, dass Rot-Grün im Landeshaushalt strukturell zusätzlich 700 Millionen € für die Kommunen bereitgestellt hat. Dazu kommen die beiden eben genannten Tatbestände. Insofern stehen sich die Kommunen um 1 Milliarde € besser als vorher. Sie können sich ganz lange hinten anstellen, was die Leistungen gegenüber den Kommunen betrifft.

Es sind Erfolge zu verzeichnen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Die Pro-Kopf-Ausgaben der Kommunen haben sich stabilisiert. Unsere schlimmste Stadt, Oberhausen, ist im bundesweiten Ranking der hoch verschuldeten Städte nicht mehr Schlusslicht.

Einen weiteren Punkt will ich FDP und CDU mit auf den Weg geben: In der zweiten Stufe des Stärkungspaktes werden wir im Jahr 2014 die schwierige Aufgabe haben, die Kommunalfinanzierung, also eine Solidaritätsumlage, auszufinanzieren. Werden Sie sich da genauso verhalten wie beim Länderfinanzausgleich und so tun, als wenn finanzstarke Kommunen nichts mit der Solidarität gegenüber anderen Kommunen zu tun haben, oder werden Sie sich konstruktiv an der Debatte beteiligen? Ich fürchte, auch dort werden Sie sich vom Acker machen, sich nicht konstruktiv beteiligen. Das werden wir für Sie erledigen müssen.

Aber dann – das ist die Konsequenz daraus – verabschieden Sie sich endgültig von einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik sowie der Solidarität der Gemeinschaft zwischen Land und Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Hübner hat eben etwas Richtiges gesagt:

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ach ja?)

Wir lesen das GFG heute zum fünften Mal. – Die Meinungen, die Argumente scheinen in der Tat

ausgetauscht zu sein. Daher würde ich gerne einige generelle Ausführungen machen und ein paar Fragen an uns alle richten, nämlich:

Wie würden wir als Landesgesetzgeber die Finanzierung unserer 400 Kommunen im Land ausgestalten, wenn wir jetzt zum ersten Mal vor der Aufgabe ständen, wenn wir nicht einfach eine bestehende Systematik fortschreiben würden? Würden wir dann das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 exakt so strukturieren, wie es jetzt vor uns liegt? Welche Parameter wären für uns wichtig? Welche Maßstäbe sind bei der Kommunalfinanzierung unabdingbar und für alle Fraktionen des Hauses unstrittig?

Für uns Freie Demokraten kann ich sagen: Es geht um drei Eckpfeiler; vielleicht, Herr Kollege Hübner, kommen wir an der Stelle auch zusammen. Die Gemeindefinanzierung muss auskömmlich, gerecht und nachvollziehbar sein.

Meine Damen und Herren, ist das GFG 2012 wirklich auskömmlich? – Der Kollege Martin Börschel hat vorhin in seiner Haushaltsrede betont: 8,4 Milliarden €, eine tolle Leistung. – Ich habe beim letzten Mal schon gesagt: Die Tatsache, dass wir Rekordsteuereinnahmen haben, ist keine Leistung der Landesregierung und der Koalition, sondern dem Fleiß der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen im Land geschuldet, Herr Kollege Börschel. Das heften Sie sich bitte nicht an die Brust.

(Beifall von der FDP und der CDU – Martin Börschel [SPD]: Sie hätten als Erstes den Verbundsatz gesenkt!)

Der Kollege Hübner hat gesagt: Die Regierungen vor 2005 und ab 2010 waren kommunalfreundlich und haben alles richtig gemacht. – Ich will nicht in das Landesarchiv greifen und genau nachschauen, Herr Kollege Hübner, wer den Verbundsatz von 28,5 auf 23 % gesenkt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Das sollten auch gerade Sie lassen!)

Die Diskussion können wir gerne führen. Das waren Sie damals in der Alleinregierung. Also lassen Sie die Vergangenheitsbetrachtung sein und uns lieber nach vorne schauen: Was können wir insgesamt tun, um die Lage der Kommunen zu verbessern?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Anstatt die Lage schönzureden, haben Sie zumindest den Stärkungspakt Stadtfinanzen erwähnt. Zu dessen Stoßrichtung stehen wir. Ich bin gespannt, Herr Kollege Mostofizadeh, wie wir dann im Verhältnis zwischen Land und Kommunen über eine Art Länderfinanzausgleich, den Sie hier im Kleinen beworben haben, sprechen. Ich wusste nicht, dass Sie solch ein Verfechter des Länderfinanzausgleichs sind. Das kann – jedenfalls nach Auffassung der Freien Demokraten in diesem Haus – keine Blau-

pause für eine gelungene Kommunalfinanzierung sein.

(Beifall von der FDP und Lutz Lienenkämper [CDU])

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs gefragt: Ist eine Gemeindefinanzierung gerecht, oder wie muss sie gerecht ausgestaltet sein? – Gerechtigkeit ist ein hehres Ziel, philosophisch betrachtet möglicherweise ein nie erreichbarer Idealzustand. Dennoch sind ein angemessener unparteiischer Ausgleich der Interessen und der Verteilung der Gelder notwendig. Damit werden eigentlich erst die Chancen für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ermöglicht.

Dieses Ziel können wir beim GFG 2012 nicht erkennen.

Ich habe es an anderer Stelle schon gesagt: Der Soziallastenansatz wird mit einem Faktor von 15 gewichtet. Nach dem Ergebnis der Anhörung wäre ein Faktor von 7 für die insgesamt anfallenden Sozialkosten kostendeckend gewesen.

Deswegen sage ich: Im GFG fehlt es an der notwendigen Fairness in der Frage der interkommunalen Verteilung von Geldern.

Ich habe eingangs die Frage gestellt: Muss ein GFG auch nachvollziehbar oder – wie wir es heute neu-modisch formulieren würden – transparent sein?

Meine Damen und Herren, im GFG wimmelt es nur so von Stellschrauben, Verteilungssystemen, Parametern, Sonderregelungen, Einflussnahmen und vielem anderen mehr. Das führt dazu, dass diejenigen, die ganz konkret davon betroffen sind, das GFG eben nicht mehr nachvollziehen können. Und wer etwas nicht nachvollziehen kann, wird es auch nur schwerlich akzeptieren.

Deswegen sage ich Ihnen: Ohne Transparenz bei der Gemeindefinanzierung keine Akzeptanz bei der Gemeindefinanzierung!

Das GFG 2012 ist eben nicht der große Wurf, den die Kommunen dringend brauchen. Was wir brauchen, ist Mut und Entschlossenheit, einen großen Wurf anzugehen. Dies können wir im GFG 2012 nicht erkennen. Deswegen lehnen wir das Gemeindefinanzierungsgesetz mit guten Gründen ab. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Abrusatz. – Für die Piratenfraktion erlaube ich Herrn Abgeordneten Stein das Wort.

Robert Stein (PIRATEN): Wertes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Und natürlich auch: Liebe Men-

schen am Stream und vor den Bildschirmen! Ich möchte zuerst eine Vorbemerkung machen, und zwar auf Bitte meines Kollegen Kai Schmalenbach, der vorhin in der Aktuellen Stunde fälschlicherweise Herrn Markert als Zwischenrufer identifiziert hat. Herr Markert hat darum gebeten, dass es korrigiert werden sollte. Es war natürlich Herr Mostofizadeh.

Ich habe in meiner Rede während der letzten Plenarsitzungswoche von den „Scheuklappen“ gesprochen, die hier ziemlich viele in ihrer Eindimensionalität leider noch nicht abgelegt haben, obwohl ja selbst Sie, Herr Mostofizadeh, im „Unterausschuss Personal“ endlich erkannt haben – das muss ich wirklich lobend erwähnen –, dass das Land keine bzw. kaum Einnahmekompetenzen besitzt. Das waren Ihre Worte am Freitag. Das habe ich vorher von Ihnen leider noch nicht so gehört.

(Marc Herter [SPD]: Schauen Sie in den Koalitionsvertrag! Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

Implizit geben Sie mir damit natürlich recht, dass wir die finanzielle Situation von Kommunen, Land und Bund ganzheitlich betrachten müssen. Ihre Einsicht an dieser Stelle freut mich sehr. Danke schön!

Gerade wenn es um die Finanzierung geht, dürfen wir eben nicht eindimensional – für uns gesprochen: nur auf die Landesebene – schauen, nein, wir müssen eine ganzheitliche, mehrdimensionale Betrachtungsweise wählen, wollen wir die gravierenden Probleme unserer Kommunen, die die Menschen hier im Lande – da oben auf der Tribüne sitzen ja einige – in der Folge jahrelanger verantwortungsloser Politik Ihrerseits höchstpersönlich jeden Tag spüren müssen, in den Griff bekommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Unsere Forderung nach einer 1%igen Erhöhung der Verbundquote wurde hier im Hause von allen Parteien abgelehnt; Herr Schulz hat das in seiner Rede gerade schon dargelegt. Ich reagiere da entsprechend irritiert. Denn die Mehreinnahmen aus einem Sondereffekt des Länderfinanzausgleichs und die hohe globale Minderausgabe, die unsere Forderungen gut dreimal, vielleicht fast viermal hätten finanzieren können, wollen Sie ignorieren. Oder – das muss man ganz deutlich sagen – Sie wollen sie für die Rettung der Banken einsetzen. Ich betone es ganz deutlich: Sie retten Banken, wir wollen Kommunen retten!

(Beifall von den PIRATEN)

Sie, Herr Dr. Walter-Borjans, haben diese Milliarde für die WestLB im Rahmen der Eckpunktevereinbarung mangelhaft ausgehandelt, obwohl Ihnen eigentlich von Anfang an klar sein musste, dass das Eigenkapital für die Abwicklungsanstalt eher nicht ausreichen wird und folglich die Verluste der ursprünglichen WestLB in Zukunft sozialisiert werden müssen. Der kleine Mann ist es also, der auf Ihr

Geheiß für den Wahnsinn der Banken zahlen soll. Ihre Wähler sind es, die durch Ihre Politik der Verlustsozialisierung geschröpft werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir haben es schon gehört – auch in den Medien ist darüber berichtet worden, und die Vögel zwitschern es von den Dächern –, dass etwa weitere 2,5 Milliarden € – „mindestens“, sage ich hier ganz bewusst – an zusätzlichen Kosten in den kommenden Jahren in dieser Angelegenheit anfallen werden. Ich frage allen Ernstes: Nennen Sie das eine verantwortungsvolle Politik?

Eine verantwortungsvolle Politik soll gerecht sein und Verantwortung vermitteln. Sie aber retten lediglich Ihre Banken. Wir wollen unsere Kommunen retten. Unsere Kommunen zu retten, bedeutet hier doch, Verantwortung zu tragen. Wir fordern verantwortliches Handeln mit guten Ergebnissen für die Bürger in NRW und nicht eine blinde Sozialisierung von Verlusten. Das ist Ihre Politik!

(Beifall von den PIRATEN)

Noch eins, Herr Finanzminister Dr. Walter-Borjans: Rund 100 Milliarden € wandern aus der WestLB in die Erste Abwicklungsanstalt. Jetzt wollen Sie uns weismachen, dass die davon betroffenen Papiere, die also keine Käufer gefunden haben, gar nicht so toxisch seien. Ich bitte Sie: Ein gesundes Produkt findet einen Käufer am Markt.

(Zuruf von der SPD)

– So ist das!

Das ist in diesem Fall nicht geschehen. Es ist also einfach nur unglaublich, wenn Sie das behaupten. Leider wird das dicke Ende kommen und vom Steuerzahler zu tragen sein: im Rahmen Ihrer Politik – ich wiederhole es noch einmal – der Verlustsozialisierung.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie werden dann zurückblicken und Verantwortung für dieses Desaster übernehmen müssen. Sie werden es dann auch unseren Bürgern erklären müssen. Ich hoffe, Sie können dabei ruhig schlafen. Ich kann es bei dem Gedanken auf jeden Fall nicht.

Für die nachhaltige Finanzierung der Erhöhung der Verbundquote haben wir übrigens ganz klare und unmissverständliche Vorschläge gemacht, deren Auswirkungen nicht dauerhaft zulasten des Landeshaushalts gehen sollen. Umverteilungen alleine im Lande und auf Bundesebene mögen nicht ausreichen. Der Ruf nach Konnexität wird vielleicht nicht so erhört, wie wir es gerne hätten.

Deshalb müssen wir natürlich über die Einmaleffekte hinaus – die Herr Schulz aus unserer Fraktion schon erwähnt hat – über die Einführung einer Vermögensteuer und auch über die moderate Erhöhung der Körperschaftsteuer im Bund bei gleichzei-

tiger vernünftiger Beteiligung der Länder an diesen Steuern nachdenken.

Ich will nicht zusehen, wie Sie die durch die verantwortungslose Politik entstandene finanzielle Last in allen Bereichen auf das geschwächte Kreuz des schrumpfenden Mittelstandes abwälzen und verteilen. Wir dürfen nicht weiter an das Portemonnaie unserer wertzuschätzenden Mitmenschen mit geringen und mittleren Einkommen herangehen. Wir müssen Perspektiven geben.

Und das schaffen Sie nicht, indem Sie Verluste von Spekulationsgeschäften sozialisieren und im Rahmen des Stärkungspaktes – das geht auch an Herrn Jäger – dafür sorgen, dass die Grundsteuer B und damit die Kosten für Wohnen und Miete weiter steigen.

Verantwortung heißt hier, die Fehler der Politik der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung zu erkennen und zuzugeben: der Fehler, den Finanzmarkt entfesselt zu haben, der Fehler, den Kapitalgesellschaften im naiven Glauben, sie würden ihre Investitionstätigkeit in Deutschland erhöhen, Steuerergänze im Bereich der Körperschaftsteuer gemacht zu haben. Das muss revidiert werden.

Es ist jetzt Ihre Verantwortung, diese Fehler nicht nur zu akzeptieren, nein, sie sogar einzugestehen, sondern sie, sofern das in naher Zukunft möglich sein wird, zu korrigieren. Sonst – das verspreche ich Ihnen – werden wir das alsbald für Sie tun können; darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von den PIRATEN)

Handlungsfähigkeit für unsere Kommunen ist notwendig. Das haben unabhängige Studien gezeigt, die Sie in Auftrag gegeben haben. Die Benchmark-Analyse sei dazu zu erwähnen; das Demografiegutachten von PricewaterhouseCoopers, aber auch andere Untersuchungen von Ernst & Young haben das allemal hinreichend aufgezeigt. Wir dürfen unsere Kommunen in NRW nicht alleine lassen. Wir wollen das nicht, und wir werden das auch nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Noch ein Verweis, und zwar auf das wirklich schlimme Beispiel Griechenlands: Ich habe höchste Hochachtung und viel Respekt vor den Menschen, die sich mit dieser – ich muss es leider so nennen – künstlich geschaffenen Hölle arrangieren und dennoch optimistisch nach vorne blicken. An diesem Beispiel Griechenlands sehen wir doch, wohin blindwütiges Sparen führt. Die medizinische Versorgung ist nicht umfassend gewährleistet, der Wirtschaftskreislauf bricht zusammen, Menschen verlieren ihre Arbeit, sie verlieren ihre Perspektive und auch ein Stück weit Lebensmut. Noch viel schlimmer als Konsequenz daraus ist: Menschen radikalieren sich.

Wenn Sie unsere Gesellschaft nicht weiter spalten wollen, dann hören Sie um Himmels willen mit die-

ser rücksichtslosen Politik der Verlustsozialisierung auf! Die Kommunen brauchen mehr finanzielle Mittel für ihre wichtigen Aufgaben. Sie brauchen sie; daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall von den PIRATEN – Lachen von der SPD)

Weil die elitäre Politik nicht einsichtig zu sein scheint, wäre es umso hilfreicher, die Menschen im Land zu fragen, was sie wollen, also die Bürger zu beteiligen. Dazu braucht es natürlich mehr als eine Landtagswahl, wie wir es hier schon aus den Reihen der SPD gehört haben. Da hieß es ja, die Landtagswahl sei Bürgerbeteiligung. Zumindest ist das im Unterausschuss „Personal“ von Ihrem Kollegen Kämmerling so geäußert worden.

(Marc Herter [SPD]: Das ist auch eine Form der Bürgerbeteiligung, ja!)

Dazu braucht es natürlich mehr. Dazu gehört zum Beispiel Transparenz im Haushalt, um den Menschen erklären zu können, worum es hier eigentlich geht und wie es um die finanzielle Situation im Land und in den Kommunen bestellt ist. Das ist ein erster Schritt, den wir benötigen. Wir haben hier übrigens auch schon ein Stück weit für Transparenz gesorgt. Wir haben es innerhalb von nur sieben Tagen nach Auftragsvergabe geschafft, den Entwurf des Landeshaushalts 2012 zu visualisieren. Das haben Sie in über zehn Jahren nicht geschafft; das möchte ich in aller Deutlichkeit betonen. Es ist für uns wirklich ein Kinderspiel gewesen, kein Hexenwerk. Innerhalb von sieben Tagen konnten wir den Haushalt visualisieren und Transparenz schaffen. Das haben Sie, wie gesagt, in zehn Jahren nicht geschafft.

Da frage ich mich allen Ernstes: Warum haben Sie das denn vorher nicht umsetzen können? Oder meinen Sie es mit der Transparenz gar nicht so ernst, wie Sie immer behaupten? Diese Fragen müssen Sie sich gefallen lassen!

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von der SPD)

Ich finde es auch schön, dass Sie, liebe Grüne – jetzt, nachdem Sie mit dem beschlossenen Atomausstieg Ihr Kernthema verloren haben –, so nach Transparenz rufen. Sie sind doch uralte; Bäume pflanzen wird die Welt nicht retten – das ist klar.

Dass Sie unsere Forderung, im Rahmen der Folgeentwicklungen des Klimaschutzes 20 Millionen € an die Kommunen zu verteilen, abschmettern, zeigt deutlich, wie unglaublich Sie geworden sind. 20 Millionen € wären lediglich – passen Sie auf! –, gemessen am Haushaltsvolumen, etwa 1/3.000 des gesamten Haushaltsvolumens. Unsere Forderung in Höhe von 0,00033 % vom Haushalt für den Umweltschutz haben insbesondere auch Sie abgelehnt, obwohl wir selbst in dieser Höhe ausreichende Gegenfinanzierungsvorschläge eingebracht haben. Das kann man natürlich so machen. Aber Sie dürfen sich nicht wundern, wenn Ihre ehemaligen

Stammwähler sich von Ihnen abwenden werden und dann möglicherweise Piraten wählen,

(Lautes Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

weil wir noch nicht den Bodenkontakt verloren haben, weil wir keine Machtpolitik machen,

(Beifall von den PIRATEN – Anhaltendes Lachen von der SPD)

weil wir nicht inhaltsleer von Verantwortung reden, sondern weil wir diejenigen sind, die die Menschen im Lande mitbestimmen lassen wollen und mitnehmen werden! Wir stehen für Bürgerbeteiligung auch in Haushaltsfragen!

(Beifall von den PIRATEN – Lachen von der SPD)

– Ja, Sie mögen das lustig finden. In zehn Monaten werden wir ja sehen, wie lustig das alles war. – Wir werden die Visualisierung des kommenden Haushalts, die Vergleichbarkeit und die Entwicklung des Landeshaushalts über die Jahre hinweg gerade im Hinblick auf die Thematik Bürgerhaushalt und Mitbestimmungsmöglichkeiten weiter vorantreiben. Wir stehen für Transparenz. Wir werden für Transparenz und echte Mitbestimmung kämpfen. Und wir zeigen den Bürgern, wo Sie nicht ausreichend verantwortliche Politik gestaltet haben.

Wir lehnen diesen Haushalt und das damit zusammenhängende GFG ab. – Danke sehr.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Felix, qui potuit rerum cognoscere causas.

(Große allgemeine Heiterkeit – Beifall von der SPD – Zurufe: Ui! – Zuruf von der SPD: Wer hat dir das denn aufgeschrieben?)

Herr Kuper, Sie können damit erkennen: Diese Landesregierung ist noch lange nicht am Ende des Lateins. Übersetzt heißt das, Herr Kuper: Glücklicherweise, wem es gelang, den Grund der Dinge zu erkennen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn ich nach der fünften Lesung dieses Gemeindefinanzierungsgesetzes Ihre Rede höre, kann ich nur erkennen, Herr Kuper: Sie scheinen ein zutiefst unglücklicher Mensch zu sein.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Si tacuisses! – Weitere Zurufe von der CDU)

Weil die Landesregierung schon viel Zeit im Rahmen dieser Haushaltsberatung in Anspruch ge-

nommen hat, würde ich mich gerne auf einige wesentliche Punkte zum GFG 2012 beschränken.

Ich will einer Legende, einem gebetsmühlenartigen Wiederholen vonseiten der CDU und der FDP entgegengetreten. Dieses GFG fußt auf einem Gutachten der ifo, auf Arbeitsergebnissen der ifo-Kommission. Für diejenigen, die neu im Landtag sind: Diese Kommission war besetzt mit Vertretern aller Fraktionen des Landtags Nordrhein-Westfalen. Wer also dieses GFG 2012 kritisiert, kritisiert seine eigene Fraktion, meine Damen und Herren.

Wir haben in diesem GFG einen Soziallastenansatz verankert, der schlichtweg einer Arithmetik folgt, dass nämlich die tatsächlichen Ausgaben der Kommunen in Nordrhein-Westfalen für die Soziallasten nach einem möglichst aktuellen Stand einzurechnen sind. Die Vorgängerregierung hat hierzu Datensätze des Jahres 1999 benutzt.

Herr Abruszat, Sie haben die Frage nach der Gerechtigkeit gestellt. Ja, diese Frage ist zu beantworten: Gerecht ist es nicht, Kommunen mit hohen Sozialausgaben den Soziallastenausgleich vorzuenthalten.

(Beifall von der SPD)

Deshalb ist es richtig, das zu tun, was wir getan haben.

Zwei Dinge noch! – Dieses GFG hat ein Gesamtvolumen von 8,4 Milliarden €. Das ist der Betrag, den das Land in diesem Jahr an die Kommunen ausschütten wird. Der Betrag ist in der Geschichte dieses Bundeslandes noch nie so hoch gewesen. Hinzu kommen 350 Millionen € Stärkungspaktmittel, mit denen wir die Kommunen unterstützen wollen, die jetzt schon überschuldet sind. Noch nie hat eine Landesregierung so viel Hilfe für ihre Kommunen geleistet, wie diese Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Zuletzt noch ein Punkt: Einige aus diesem Haus waren gestern beim Parlamentarischen Abend mit dem Städtetag anwesend. Bei allem Dissens und Diskurs, den auch diese Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden als Landesregierung fahren muss, und trotz der Unterschiedlichkeit in der Bewertung von einzelnen Punkten hat mich gestern Abend eines gefreut: Alle Vertreter der Kommunen haben unisono gesagt, dass endlich wieder ein Klima herrscht, bei dem man auf Augenhöhe miteinander redet und die gegenseitigen Probleme ernst nimmt.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist nichts, worauf man stolz sein sollte. Das muss normal sein.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dass das gestern Abend so betont worden ist, zeigt, was die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunen über fünf Jahre vermissen mussten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das haben wir nachgebessert. Das ist ein gutes GFG. Ich empfehle Ihnen, dem zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind somit am Schluss der Beratung zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wir haben insgesamt sechs Abstimmungen vorzunehmen, meine Kolleginnen und Kollegen.

Ich lasse erstens abstimmen über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 Drucksache 16/302. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1301**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den sich aus Drucksache 16/1301 ergebenden Änderungen anzunehmen. Ich darf fragen, wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte. – Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Wer möchte sich enthalten? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2012 Drucksache 16/300. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1300**, das Haushaltsgesetz 2012 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den sich aus Drucksache 16/1300 ergebenden Änderungen anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Gibt es Enthaltungen? – Letzteres ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten **angenommen** und das **Haushaltsgesetz 2012 in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/1562**. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Wer enthält

sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und Piratenfraktion **abgelehnt**.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/1566**. Ich darf auch hier wiederum fragen, wer dem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Das ist die FDP-Fraktion. – Wer stimmt gegen den Entschließungsantrag? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Die CDU-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag der FDP mit dem festgestellten Ergebnis **abgelehnt**.

Wir kommen fünftens zur Abstimmung über das Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktfondsgesetz) Drucksache 16/176. Der Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1238**, den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Wer möchte gegen diese Beschlussempfehlung votieren? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU und Piratenfraktion **angenommen** und das **Stärkungspaktfondsgesetz in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen sechstens zur Abstimmung über die Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Haushalts- und Finanzausschuss, meine Kolleginnen und Kollegen, empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1221**, die Finanzplanung 2011 bis 2015 zur Kenntnis zu nehmen. Ich darf auch hier fragen, wer dieser Empfehlung zustimmen möchte. – Wer möchte dieser Empfehlung nicht zustimmen und sie ablehnen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen**.

Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 2 angekommen. – Herzlichen Dank.

Wir treten ein in Tagesordnungspunkt

3 Ermittlung von Grundlagendaten zur transparenten Darlegung von Finanzierungsstrukturen im öffentlichen Nahverkehr im Vergleich zum individualmotorisierten Verkehr in NRW

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1258 – Neudruck